

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3,00 Mk., monatl. 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,00 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisklasse für 1899 unter Nr. 7020.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolon-
 nelle ober deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochent-
 agen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.
 Adressen: Postl. Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Donnerstag, den 9. November 1899.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Der Feind.

Es liegt in der Natur der Dinge, daß die gemeinschädlichen Wirkungen des Kapitalismus, welche die socialistische Bewegung für die bedrohte menschliche Gesellschaft zu einer Notwendigkeit gemacht haben, je mehr der Kapitalismus sich entfaltet, in um so höherem Maße und weitem Umfang sich geltend und fühlbar machen. Je mächtiger der Kapitalismus wird, desto größer muß folgerichtig auch sein Einfluß auf den Staat und die Politik sein.

In Deutschland, dem politisch rüstständigsten der Kulturstaaten, und dem Staat, welcher zuletzt in die kapitalistische Entwicklung eingetreten ist, konnte sich am längsten die Fiktion erhalten, daß der Staat über den Parteien stehe und keine anderen Interessen habe als die der Gesamtheit. Aber das ist schon lange her, wenn auch das Lied vom socialen König oder Kaiser, der als parteiloser Mittler in himmlischer Reithöhe unnahbar für irdische Leidenschaften thronet, dann und wann noch einem verspätet aufstehenden Münchhausen-Dorn entleuchtet. Den Februar-Erlassenen ist die Zuchthaus-Vorlage gefolgt und hat die nackte Wahrheit an die Stelle der gleichenden Dichtung gesetzt.

England, wo der Kapitalismus sich am frühesten und kräftigsten entwickelte, hat mit dem Märchen von dem überparteilichen Staat auch am frühesten aufgeräumt. Die Kämpfe gegen die französische Revolution und Napoleon waren nicht „Kämpfe für eine Idee“, für monarchische oder konservative Principien, sondern Kämpfe um die Herrschaft des Weltmeeres, um die Eroberung oder Erhaltung des Weltmarktes. Und schon vor fast zwei Menschenaltern — im Jahre 1841 — brach England einen Krieg mit China vom Jaun in der unverbüllten Absicht, Abnahme für das auf Rechnung der Ostindischen Compagnie in Indien angefertigte Opium zu Monopolpreisen zu erzwingen. Der Kapitalismus bediente sich der Regierung und des Staats als seiner Commis und seines Werkzeugs — und Regierung und Staat übernahmen widerstandslos die unter dem goldenen Scepter des Kapitalismus selbstverständliche Rolle.

Vom Opiumkrieg zum Boerenkrieg führt eine ununterbrochene Straße, die durch Hunderte von Blutlachen großer und kleiner Kriege bezeichnet ist. Lauter Kriege im Dienste des Kapitalismus, der, nachdem er die alten Kulturländer ausgeraubt hat, auf neue Beute sich stürzt, neue Märkte sich erschließen muß, und die Thore zu ihnen mit Hinten und Kanonen aufsprengt. Das nennt man Kolonial- oder Weltpolitik. Im Grunde genau die nämliche Politik, wie die der barbarischen Urböcker Afrikas und Australiens, die sengend, brennend, mordend in das Gebiet der Nachbarstämme einbrechen. Nur ein Unterschied ist: der barbarische Regier oder Australier geht auf den Raubzug, wenn der Hunger ihn treibt — es ist das wilde Tier, das in dem barbarischen Menschen wieder hervorbricht. Der Kapitalismus dagegen geht auf den Raubzug, weil er an Ueberfluß leidet, — weil er, um nicht in seinem eigenen Fett zu ersticken, für seinen Ueberfluß einen Abfluß, für das Jubel seiner anarchischen, bloß von Profitgier geleiteten Warenproduktion Absatz braucht. So giebt es für die Barbarei, welcher der Kapitalismus verfallen ist, und in die er die menschliche Gesellschaft zurückwerfen will, nicht einmal die Entschuldigung des Hungers. Es ist die raffinierte, durch alle Mittel der Kultur gesteigerte, vertiefte und verbreiterte Barbarei der Zeit vor der Kultur.

Ein Vergleich des Opiumkriegs mit dem jetzigen Boerenkrieg zeigt die Fortschritte des Kapitalismus auf seinem Wege zurück in die Barbarei. Vor 58 Jahren wagte der Kapitalismus noch nicht, seine wahre Natur zu enthüllen, sich zu seinem Denken und Handeln zu bekennen. Der Zweck des Krieges wurde sorgfältig verschleiert: daß die Chinesen viviseziert und vergiftet werden sollten, um Gold in die Tasche der englischen Kapitalisten zu bringen? Bei Leibe nicht. China sollte der Civilisation und dem Christentum erschlossen werden. Und wer es leugnete, war ein Verleumder.

Heute ist das anders. Die Boeren sind Christen — infolge ihrer patriarchalischen Lebensweise vermutlich noch etwas christlicher als die Engländer — und als Vettern der Engländer stehen sie auf dem gleichen Boden der Civilisation wie diese. Rein — es ist einfacher Raub sans phrase. Das Gold, die Diamanten und die sonstigen Naturreichtümer des Boerenlandes sind von einer Aktiengesellschaft: der Südafrikanischen Compagnie, zum Gegenstand der Spekulation gemacht worden, und an der Spitze dieser Aktiengesellschaft stehen Rhodes, „der Napoleon von Südafrika“, und Chamberlain, der Kolonialminister von England. Der Raubzug des Schwindel-Doktors Jameson vor vier Jahren war im Auftrag beider veranstaltet. Wäre er gelungen, so hätte die Südafrikanische Gesellschaft damals schon ihr Ziel erreicht und der gegenwärtige Krieg wäre unterblieben.

Der Raubkrieg von 1899 ist nur eine Fortsetzung des Raubzuges von 1895. Und damit niemand über die Triebfedern sich täuschen kann, hat ein englisches Blatt die Zahl und die Nummern der südafrikanischen Aktien veröffentlicht, die sich in den Händen Lord Chamberlains und seiner Sippe befinden. Ein zweiter Opiumkrieg — nur ohne Feigenblatt.

„Das ist das selbstsüchtige, treulose England — aber wir, wir sind solcher Praktiken nicht fähig!“ brüllt es aus allen Ecken des zum Glück sehr kleinen Alldeutschland, und fromm-hochmütig schlagen unsere christlich-germanischen Patrioten die Augen empor zum Himmel: „Wir sind bessere Menschen!“

Das haben die Pharisäer von jeher gesagt. Bessere?

Ist unsere Kolonialpolitik etwa besser als die englische? Sind es edle, humane Zwecke, die uns nach Afrika, nach China getrieben haben? Ging unsere Kolonialpolitik nicht damit an, daß sie auf Samoa die Aktien der verachteten Godefroy-Gesellschaft an der Börse hinaufschwanden wollte? Wie Napoleon III. den Mexikanischen Raubzug in Scene setzte für die Aktien des Bankiers Jucker und Chamberlain jeht den Boerenkrieg für die Aktien der südafrikanischen Compagnie.

Und sind unsere Leist. Peters sittlicher, menschlicher, kurz bessere Menschen als die Rhodes und Chamberlain? Bloß kleineres Format — Miniaturausgaben.

Weit entfernt, weniger brutal aufzutreten als in England und in anderen alten Kulturländern, ist der Kapitalismus in Deutschland eher noch schamloser und brutaler. Es erklärt sich das aus der Thatsache, daß der Herrschaft des Kapitalismus nicht wie in England und Frankreich eine Epoche bürgerlicher Freiheit vorausgegangen ist, die gewisse höhere Gesichtspunkte in die Politik einführte. Unser Junkertum, welches seit Jahrhunderten das Regierungsprivileg besitzt, hat seine ganze Mächtigkeit und Noheit in den Dienst des Kapitalismus gestellt. Es offenbart sich dies in unserer gesamten inneren und äußeren Politik. Ueberall die Diktatur des Kapitalismus, ausgeübt von unserem Junkertum.

Die beiden Fragen, die augenblicklich für uns im Vordergrund des politischen Interesses stehen: Zuchthausgesetz und neue Flottenvorlage, entspringen derselben Quelle: dem Kapitalismus. Der Kapitalismus muß ausbeuten und rauben. Er lebt von der Ausbeutung und vom Raub. Die Arbeiter widersetzen sich der Ausbeutung — Zuchthausgesetz!

Die Völker widersetzen sich der Verraubung — Flottenerweiterung!

Durch das Zuchthausgesetz sollen die Arbeiter, durch die vermehrte Flotte die fremden Völker, deren Land und Markt der Kapitalismus braucht, im Jaum gehalten werden.

Die Flottenvorlage hat aber noch in anderer Beziehung einen kapitalistischen Ursprung. Unsere Großindustriellen suchen nicht bloß in fernen Weltteilen neue Absatzgebiete, sie suchen solche auch im Inland, wo man es ja viel bequemer hat. Warum sich darauf beschränken, in die Ferne zu schweifen? Die guten Profite liegen so nahe. Für ein paar Tausend Millionen Schiffe bauen, welch ein Geschäft! Das ist so einträglich wie ein Boerenkrieg und, hat man die Klinke der Gesetzgebung in der Hand, so einfach und leicht.

Also Raub- und Geschäftspolitik. Geschäfts- und Raubpolitik. Und um sie dem Volk aufzudrängen, Zuchthausgesetz.

Ein hübscherer Name muß natürlich gewählt werden. Zuchthausgesetz? Wah! Das klingt schlecht: Gesetz zum Schutz der persönlichen Freiheit, Gesetz zum Schutz der Arbeitswilligen.

Raub- und Geschäftspolitik? Pfu, wie roh! Welt-politik. Nationale Wirtschaftspolitik.

Sinter all diesen schillernden, glänzenden Namen verbirgt sich der eine Kapitalismus. Der Kapitalismus, den der internationale Arbeiterkongress von Brüssel vor 8 Jahren bereits als den Vater des Militarismus gebrandmarkt hat. Militarismus, Marinismus, Kolonialpolitik, Weltpolitik, Zuchthauspolitik — mit ihrem Zubehör von Liebesgaben, Großformvucher, Brot- und Fleischverteilung — alles Ausfluß ein und desselben Systems, alles Früchte ein und desselben Baumes: des Kapitalismus.

Der Kapitalismus ist der Feind. Ihm Krieg bis zur Vernichtung!

Politische Ueberflucht.

Berlin, den 8. November.

Lösung der Samoafrage.

Offiziell wird gemeldet:
 „Zwischen dem Deutschen Reich und Großbritannien ist, unter Vorbehalt der Zustimmung der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, ein Abkommen getroffen worden, wonach, unter Ausbeutung der Samoa-Akte, die beiden Samoa-Inseln Upolu und Savai, sowie die anliegenden kleinen Inseln als freies Eigentum an Deutschland, die Inseln Tutuila und ihre Neben-Inseln an Amerika fallen. England verzichtet auf jedes Anrecht auf die Samoa-Inseln. Deutschland verzichtet auf alle Ansprüche an den Tonga-Inseln und Savage-Inseln zu Gunsten Englands und tritt die beiden südlichen Salomon-Inseln Choiseul und Isabel nebst ihrer insularen Umgebung an England ab. Die beiderseitigen konsularischen Vertretungen auf den Samoa- und Tonga-Inseln kommen bis auf weiteres in Fortfall. Deutschland hat ferner dieselbe Berechtigung wie die englischen Unterthanen

zur freien und unbehinderten Anwerbung eingeborener Arbeiter in der gesamten im englischen Besitz befindlichen Salomon-Gruppe einschließlich Choiseul und Isabel.

Gleichzeitig ist eine Vereinbarung zwischen den beiden genannten Mächten getroffen worden, wonach die sogenannte neutrale Zone im Hinterlande von Deutsch-Tonga und der englischen Goldküsten-Kolonie in der Weise geteilt wird, daß die Grenze zwischen dem deutschen und englischen Gebiet durch den Dakafluß bis zu dessen Schnittpunkt mit dem 9. Breitengrade und von da durch eine von einer gemischten Kommission noch festzustellende Linie nach Norden gebildet wird. Es besteht dabei der Vorbehalt, daß die Länder Ramprusi und Gambaca an England, die Länder Pendi und Chakosi an Deutschland fallen. Endlich ist ein Verzicht auf die bis zum Ablauf unseres Handelsvertrages im Jahre 1902 währenden Exterritorialitätsrechte in Sanibar seitens Deutschlands gemäß einem Kolonialrats-Beschluß mit der Maßgabe zugesagt worden, daß dieser Verzicht erst mit dem Zeitpunkt in Kraft tritt, wenn auch die übrigen Nationen zu Gunsten Englands ihre exterritorialen Rechte in Sanibar aufgegeben haben.

Zu dem Abkommen wird bemerkt, daß die Zustimmung der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika zu demselben als gesichert ersehen darf.

Gleich ist zwischen Deutschland, Großbritannien und den Vereinigten Staaten von Amerika eine weitere Vereinbarung dahin getroffen worden, daß die Frage der Entschädigungsansprüche für alle in Samoa gelegentlich der letzten Wirren erlittene Kriegsschäden einem unparteiischen Schiedsgericht unterbreitet werden soll. Dasselbe wird darüber zu entscheiden haben, welche Entschädigungsansprüche als gerechtfertigt anzuerkennen und von wem dieselben zu bezahlen sind.“

Die Samoakonferenz vom Juni 1899 hatte die Samoagruppe für unabhängig und neutral erklärt; die drei Vertragsmächte hatten einen Oberdiktator und den Präsidenten des Kommunalrats von Apia zu ernennen. Die fortwährenden rivalisierenden Eingeborenen-geschlechter um die Königsherrschaft liehen die Zustände auf den Inseln nicht zur Ruhe kommen und die Vertragsmächte gerieten infolge dieser Streitigkeiten ebenfalls in fortwährenden Zwist. Schließlich erklarten alle beteiligten Staaten, daß nur dadurch diesen unruhigen Verhältnissen ein Ende gemacht werden könnte, daß die Inseln ganz oder geteilt in das Eigentum einer oder mehrerer Vertragsmächte übergehen. Nach langen Verhandlungen wird dies jetzt verwirklicht. Eine Ursache peinlicher Fäulereien zwischen Deutschland, England und den Vereinigten Staaten ist beseitigt.

Dabei ist es recht unwesentlich, welche von den Mächten bei dem Abkommen „am besten fortkommt“. Denn für deutsche Interessen ist die ganze Angelegenheit höchst gleichgültig. Die neue deutsche Erwerbung im Stillen Ocean zählt eine Eingeborenenbevölkerung von 26 000, dazu etwa 120 deutsche und 200 Engländer; der Handelsumsatz ist ganz gering. Es ist daher nur erheitend, wenn die bürgerliche Presse wegen dieser neuen „Ertrungenschaft“ Jubelhymnen singt und das Auswärtige Amt mit Lobeserhebungen überschüttet.

Einen Vorteil sehen allerdings auch wir in dieser Erwerbung. Sie beweist, daß unsere Weltpolitik auch ohne neue Kriegsgeschwader das erreichen können, was ihnen als bewußte That gilt.

Die Lust am Wagnis.

Den Ruhm, mit Karl Peters einer der heißesten Agitatoren der deutschen Wasserweltmacht-Politik gewesen zu sein, darf Herr Dr. Friedrich Lange für sich in Anspruch nehmen. Es ist nicht ohne Interesse, sich gelegentlich einmal diesen Vertreter einer jetzt ernstlich drohenden Politik auf seine Gemütsverfassung anzuschauen.

Die „Deutsche Welt“, die Sonntagsbeilage der von Lange herausgegebenen „Deutschen Zeitung“ hat unlängst Betrachtungen über den Harmlosen-Prozess veröffentlicht, die „F. L.“ unterzeichnet sind, also wohl von Friedrich Lange selbst stammen.

Unser alldeutscher Flottenmann ist zunächst tief empört über die Glossen der Socialdemokratie über den Prozess. Natürlich sei es der „Vorwärts“ in Firma Singer, Bebel, Krons, der dem gesamten Plebejerum der Welt diesen Labortrank kredenze. Er habe in seines Herzens Wollust Verlogenheiten niedergeschrieben, scheußliche Pharisäerei getrieben und stelle mit der „kölnischen Zeitung“ zusammen eine abgeseimte Gesellschaft vor, zu der sich leider auch das „Deutsche Adelsblatt“ in der Rolle des eisernen Dummhings gefelle.

Alsdann entwickelt er seine eigenen Ansichten über den Spielerprozess:

„Wir fühlten bei diesen täglichen Sensationen auch einen Schauer, aber nicht über die Sinnhaftigkeit der jungen Leute vom Adel, denn wir wissen zur Genüge, daß die Spielwut sich nicht auf diesen Stand beschränkt, sondern so ziemlich in allen Ständen grassiert. Die zerrüttende Wirkung dieses Uebels darf man dann auch ganz gewiß nicht nach der Höhe der riskierten Summen messen, und Verarmung, Beschämung für die Verwandten hat es überall — nicht nur bei adligen Familien — im Gefolge. Und die Lust am Wagnis die sich auf bessere, auf ehrenvollere Ziele werfen würde, wenn Mühseligkeit und sabel Geselligkeit nicht auf diesen Abweg trieben, steht überall, in allen deutschen Ständen als Entschuldigung unmittelbar neben diesen Lasten. Rein, die Mißempfindung, die uns auch bei dieser „großen Sensation“ wiederholt kalt überlief, hat einen ganz anderen Namen. Wir fragten uns, zu welchem guten Ende es führen kann, wenn die Gefährten, die verantwortlichen Führer des Volkes nicht Mittel finden, um diesen ewigen Opfern an den Wolsch der Plebejeri ein Ende zu machen? Ob ein Staatsanwalt und ein Untersuchungsrichter nicht Strafe verdienen, wenn sie ohne die zwingendste

Notwendigkeit die Ständerversammlung der breitesten Öffentlichkeit zu Gasten laden, und nachher, wenn jede Falte des Privatlebens von Ungelassenen, Zeugen und ganzen Familien um und umgeben ist, mit dem Erkenntnis abzichen, daß ihr Eifer blind war? ... Daß Gerechtigkeit und Wahrheit nicht Schaden leiden, wünschen auch wir; aber wir sehen leider nur zu deutlich, daß bei solcher Handhabung der Justiz, insbesondere der Verurteilung, nicht der Wahrheit gedient, sondern die Menschheit im großen geschädigt und außerdem unser ganzes öffentliches Leben unaufrichtig auf den Kammerton der Plebejer gestimmt wird. ...

Gibt es die plebejische Reichthumsucht: Wie viel Arbeiter hätten mit ihren Familien von dem Gelde leben können, das jetzt ein junger Lebemann in einer Nacht verlor? den Waffstab für die Moral der Justiz, dann wehe jedem, der sich Käufer auf seine Treppen legt oder gar sich Pferd und Wagen hält! Was die „kleinen Leute“ gefallen würden, weil sie es nicht für Luxus hielten, wäre ein Proletariat, in dem jeder Wohlhabende Kopf und Beine sich abhacken lassen müßte. Und die Wahrheit? O, für die Wahrheit wird aufs allerhöchste gefordert, wenn Tausende aus allen Ständen, die auch spielen, aber diese läbliche Gewohnheit bisher nur ihren Leidenschein, nicht mit schlimmerem Namen nannten, nun an den menschlichen Gemüthern der Entrüstung sich beteiligen, weil der süße Pöbel unter heuchlerischer Führung aus allen Recken „Woh!“ schreit!

Es gilt — wir können das auch bei diesem Anlaß nur in schärfster Form wiederholen — den aristokratischen Gedanken, daß Führer und Geführte nicht einerlei Maß, nicht einerlei Beruf und Pflicht haben, bewußt und straf emporkuhlen und mit starkem Einfluß von der schiefen Ebene solcher öffentlichen Selbsthinrichtungen abzuspringen, die unser Volk unsehbar in die plebejische Verführung gleiten läßt.

Es ist ein unbestreitbares Verdienst dieser Ausführungen, daß in ihnen offen ausgesprochen wird, die Plebejer haben in den Rädern, Kaysen und Schachtmeyern die berufenen Führer der Nation zu erbilden, die nicht die Moral zu befehlen haben, die dem Plebejertum angemessen ist. Von den Niederungen plebejischer Verführung führt uns Lange in die strahlenden Gefilde der harmlosen Führer, die mit ihren Neu-Genossen und Sekt-Gefährtinnen der edlen Lust am Wagnis obliegen. Warum aber wünscht Lange diese führenden Geister Alldentschlands einer Schaustellung, wie sie in Roabit sich ereignet hat, dem Pöbel zu entziehen? Das ist ein unlösbarer logischer Widerspruch. Wie soll sich das Plebejertum an den aristokratischen Führern aufrichten, von seiner Verführung gefunden, wenn es ihm nicht vergönnt wird, sie kennen zu lernen!

Und diese aristokratische Weltanschauung, in der sich die Affen der Reichthümer Herrenmoral als Herren spreizen, ist es, mit der unsere alldentschen Agitatoren des Plotten- und Machtwesens nicht nur das deutsche Volk, sondern auch die anderen Nationen zu beherrschen trachten. Die ganze Welt ist Pöbel und Plebejertum, die nichts Besseres verdient, als unter den Lasten der germanischen Harmlosen-Aristokratie mit den Spuren einer vornehmen Lebensauffassung begnadet zu werden. Widersteht sich aber jemand dieser aristokratischen Propaganda, nun, wozu haben wir unsere herrlichen Soldaten und die prächtigen Kriegsschiffe? Die Aristokratie wird den Pöbel schon zwingen, wenn er nicht gutwillig die natürliche Ueberlegenheit und das geborene Herrenrecht des alldentschen Neu-Adels anerkennt.

In der That, die Spielermoral, die Lust am Wagnis, die noch kein Mut zum Wagnis ist, beherrscht auch das alldentsche Karrentum, wenn es sich in marimistischer Weltmacht-Politik versucht. Es ist kein Zufall, wenn derselbe Mann das aristokratische Spiel der Harmlosen und das alldentsche Neu der Weltmacht-Politik verteidigt. Sind beider Bethätigungen doch Ausflüsse des gleichen Wesens, einer nach rohem Gewinn sinnlos und brutal jagenden kulturfeindlichen und abenteuerlichen Gewalt- und Unterdrückungspolitik.

Die alldentschen Bankhalter des Weltmachtspiels zeigen in abschredender Vergerung, wozu eine Politik führt, die mit dem Gesicht der Völker so lange hazardiert, bis die Weltgeschichte diese Harmlosen zum Gerichte ruft. —

Sieg.

Nach dem württembergischen „Staatsanzeiger“ erhielten bei der Reichstags-Wahl im 5. württembergischen Wahlkreis am Dienstag Schlegel (Zoc.) 11345 und v. Geh (natlib.) 10689 Stimmen.

Bei der Hauptwahl am 28. Oktober erhielt Schlegel 7020, v. Geh 6000, Brinzinger (südd. Volkspartei) 4082 Stimmen.

Mary-Briefe.

In der „Neuen deutschen Rundschau“ werden einige Briefe von Karl Marx an seine älteste Tochter Jenny, die Frau Longuetts, veröffentlicht. Es sind Familienbriefe, in denen sich Herz und da eingestreut politische Bemerkungen finden. Den Verehrern des großen Mannes wird durch diesen Beitrag zur Kenntnis seines persönlichen Wesens Freude bereitet. Die Wiedergabe der Briefe ist keine genaue, da der Text aus einer russischen Uebersetzung zurück übertragen ist. Wir geben einen Brief vom 7. Dezember 1881 hier wieder, d. h. aus der Zeit kurz nach dem Tode von Mary Fran und als er selbst schwer leidend war.

Mein teures, gutes Jennychen!

Du verstehst, natürlich, daß ich jetzt nicht in der Stimmung bin zu schreiben, und wirst daher verzellen, daß ich Dir nur einige Zeilen zukommen lasse. Da mir die Krankheit überhaupt nicht gestattet das Zimmer zu verlassen, so konnte man den Doktor auf keine Art und Weise überreden, mir zu erlauben beim Begräbnis anwesend zu sein. Ich habe mich diesem Verbot deshalb gefügt, weil die teure Verstorbene noch einige Tage vor dem Tode der Wärterin sagte, indem sie den Wunsch ausdrückte, daß bei ihrem Begräbnis kein Ceremoniell stattfinden soll: „Wir legen keinen Wert auf die Augenblicke!“ (Schorlemmer*) ist aus eigener Initiative aus Manchester gekommen.

Ich muß mich noch immer dem Tätowieren mit God auf der Brust, dem Rücken usw. unterziehen, und das veranlaßt bei regelmäßiger Wiederholung eine sehr schmerzhaft Verbrennung der Haut. Dieses Verfahren, das man dazu vornimmt, um einen Rückfall der Krankheit während der Genesung zu verhindern (im Grunde genommen bis zum Nachlassen des Hustens) leistet mir jetzt einen großen Dienst. Gegen feurige Schmerzen existiert nur ein Gegenmittel — und das ist physischer Schmerz. Nimm auf der einen Seite Weltanschauung, und einen Menschen mit heftigen Zahnschmerzen auf der anderen Seite.

Ich bin jetzt ungemein glücklich bei der Erinnerung, daß ich trotz allen Schwanzens und aller Schwierigkeiten beschloßen hatte nach Paris zu reisen. Es ist nicht bloß die Zeit selbst, die die Unbergehliche mit Dir und den Kindern zugebracht hat, und die laun durch das Aufstehen meines Knechtchen von Mädchen geträubt wurde, die eine Art von Mirabeau der Küche vorstellte (Mirabeau de la cuisine) — sondern auch das Durchleben der Zeit selbst während der letzten Periode der Krankheit! Zweifellos, daß in diesem Zeitraum die

Das Wahlkomitee der süddeutschen Volkspartei hatte aufgefördert, für den sozialdemokratischen Kandidaten einzutreten. Trotzdem gab offensichtlich ein großer Teil der volksparteilichen Wähler ihre Stimme für den Realisationskandidaten ab.

Der Sieg, den unsere Partei in Göttingen davonträgt, ist um so glänzender, da noch vor wenigen Jahren alle anderen Parteien des Wahlkreises weit voran marschierten. Wenn die Feinde des Koalitionsvertrages, die Vertreter der Plotten- und Weltmacht-Politik, die Vertreter der Plotten- und Weltmacht-Politik, so könnten sie an dem Ausgange der Göttinger Wahl lernen, wohin ihr Beginnen führt. —

München, 7. November. (Eig. Ver.) Am ersten Tage der Generaldebatte über die allgemeine Regierungspolitik nahm nach der bereits telegraphisch gemeldeten Rede des Dr. Daller und des Ministers Crailsheim wegen der Anwesenheit Streitigkeiten Genosse v. Hollmar das Wort. Er unterzog insbesondere die verderbliche Ueberschuldung des Finanzministers und den Mangel der Regierung an jeglicher Initiative auf sozialpolitischem Gebiete einer scharfen Kritik, um sich dann der Frage des Verhältnisses Bayerns zum Reiche und seines Anteils an der Reichspolitik zuzuwenden. In dieser Beziehung führte er u. a. aus:

Vor 6 Jahren habe ich bereits Gelegenheit genommen, die Regierung wegen ihrer unselbständigen Haltung und schwächlichen Nachgiebigkeit gegenüber der Centralregierung anzuklagen und ihr vorzuwerfen, daß sie zwar in Einzelheiten recht groß sein kann, daß sie aber, sobald es sich um die wirkliche Selbständigkeit gegenüber den rüchtlungen Bestrebungen in anderen Bundesstaaten handelt, nichts anderes ist, als der Fährer hinter dem Reiter Preußen. Wenn man nun die Entwicklung der Dinge seit 6 Jahren ansieht, so muß man sagen, daß die Verhältnisse sich noch wesentlich verschlechtert haben. Die Zahl der volkswirtschaftlichen und bedrückenden Maßregeln ist gestiegen, die Politik der plötzlichen Einfälle fortgeschritten, der Einfluß des Reichstages und des Bundesrats herabgedrückt, das verfassungsmäßige persönliche Regiment noch weit stärker geworden. Und was hat die bayerische Regierung gegen diese Entwicklung der Dinge gethan? Nichts! Ihre stete Sorge war nur, um keinen Preis in Berlin in eine unangenehme Lage zu kommen. Daß die Regierung jeden Zusammenhang mit dem Willen und den Interessen des Volkes verloren hat, das scheint uns sehr konstitutionellen Ministern nichts auszumachen. Der beste Beweis für die Unempfindlichkeit unserer Regierung sind die Plottenforderungen. Ueber den Kopf des Reichslanzlers hinweg wird plötzlich ein neuer oder vielmehr ein längst vorhandener und jetzt bei guter Zeit hervorgezogener Plan in der offiziellen Presse veröffentlicht und die Regierung wird einfach darauf festgelegt, ohne daß dem Bundesrat die Möglichkeit gegeben ist, seine Ansicht zu äußern, so daß der Bundesrat aus der Regierungsmaschine vollständig ausgeschaltet erscheint. Und so ist die gesetzliche Regierungsgewalt nach und nach auf das Reichsoberhaupt allein übergegangen und sind wir auf diese Weise immer mehr in den Absolutismus hineingekommen.

Gegen diese Entwicklung der Dinge aber hat unsere Regierung niemals einen ernstlichen Widerstand geleistet, obwohl sie dazu dem bayerischen Volke gegenüber verpflichtet gewesen wäre.

In der auswärtigen Politik ist seit Jahren ein Hin- und Herwanken, eine vollendete Inkonsequenz bemerkbar, nur die Schamlosigkeit und Liebedienerei gegen den russischen Selbstherrscher scheint fest zu sein. Ein drastisches Beispiel für die Wetterwendigkeit der deutschen Politik bieten die jetzigen Vorgänge bei Gelegenheit des Transvaalkrieges. Darüber kann doch kein Zweifel sein, daß England diesen neuen Raubzug kaum unternommen hätte, wenn es nicht der wohlwollenden Neutralität Deutschlands sicher wäre. Es scheint, daß die bayerische Regierung auch mit diesen Dingen einverstanden ist.

Die Regierung ist dem Landtage für alle ihre Handlungen verantwortlich, aber diese Verantwortlichkeit hat erit einen Zweck, wenn die Kammer mitwirkt. Das Centrum hat seit den letzten Wahlen die Mehrheit in der Hand. In allen Stundgebungen der Centrumpresse war davon die Rede, daß das Centrum die gesamte Politik der Regierung mißbilligt. Wenn das richtig ist, dann bleibt Ihnen (dem Centrum) gewendet) jetzt gar nichts anderes übrig, als daß Sie auch die Konsequenzen ziehen und eine Regierung aus Ihren eigenen Reihen aufstellen. Ihre Wähler haben Ihnen die Macht gegeben, die Dinge umzugestalten und an Stelle der störenden Regierungs- und Verwaltungsmaschinerie eine Regierung einzuführen, von der sociale Antriebe ausgehen. Heute ist es Ihre Pflicht, mit dem Gefühl Ihrer Macht auch die Verantwortung der Regierung vor dem Volke zu übernehmen. (Beifall links.)

Ueber die Mittwochssitzung des bayerischen Abgeordnetenhauses meldet „B. Z. V.“:

Die Kammer der Abgeordneten setzte heute die Generaldebatte fort. Dabei legte Abg. Dr. Schädler (Centrum) die Stellungnahme des Centrums zu allen Hauptfragen der bayerischen Politik und der Reichspolitik dar. Unter anderem betonte er auch, daß bezüglich der Forderungen für die Marine das bayerische Centrum trotz aller Hochachtung für den Führer des deutschen

Anwesenheit von Dir und den Kindern sie nicht hatte so zerstreuen können, wie die Sorge in Gedanken um Euch!

Ihr Grab befindet sich ganz nahe beim Grabe des teuren Charles.

Es ist für mich ein großer Trost, daß ihre Kräfte so schnell abnahmen. Infolge der ungemein seltenen Lage des Geschwüres (so daß sie sich bewegen konnte) sind die tatsächlichen, charakteristischen, unentzählbaren Schmerzen erst in den letzten Tagen eingetreten (und man konnte sie auch durch Morphium-Einspritzungen betäuben, was der Doktor vorsichtigerweise bis zur Katastrophe aufschob, da das Morphium bei andauerndem Gebrauch jede Wirkung verliert). Wie mir Doktor Donkin schon früher sagte, hatte die Krankheit den Charakter eines allmählichen Absterbens angenommen, als ob sie von Altersschwäche herrühre. Sogar in den letzten Stunden — kein Kampf mit dem Tode, ein langames Einschlafen; und die Augen selbst — größer, schöner, strahlender als je!

Propos. Engels, der treu wie immer bei mir ist — schickte Dir auf meine Bitte eine Nummer der „Truth World“, in der sich die Erklärung des irischen Bischofs befindet, der das Grundeigentum in Abrede stellt (das private), das war eine der letzten Reueigkeiten, die ich Deiner Mutter mitteilte, und sie glaubte, daß Du das vielleicht als Drohung für die französischen Klerikalen in irgend einer französischen Zeitung andringen könntest. Das zeigt unter allen Umständen, daß diese Herren in allen Mundarten zu pfeifen verstehen.

In der „Justice“ keh am 2. Dezember irgend ein Durck, namens Jeandre einen Artikel „Le catholicisme socialiste en Allemagne“ erschienen, in dem er seinen Chauvinismus dadurch zu Allemann verurteilt, daß er zusammen mit Lavals die phantastische Statistik unseres Freundes M. Meyer ernst nimmt in seinem Buch „Emancipationskampf des 5. Standes“. Thatsächlich haben die sogenannten katholischen Sozialisten seit der Konstituierung des Deutschen Reiches nur ein einziges Mal einen Abgeordneten in den Reichstag entsandt, und dieser einzige Abgeordnete hat auch sofort nach der Wahl als Mitglied des Centrums fungiert. Andererseits was die Anzahl der Arbeiterorganisationen betrifft, so hat unser M. Meyer Frankreich mit einer unbergleichlich größeren Zahl derselben beglückt als Deutschland.

Oben habe ich die Nummer der „Justice“ vom 7. Dezember erhalten, und ich finde da unter der Rubrik „Gazette du Jour“ eine netologische Bemerkung, in der unter anderem gesagt ist:

„On devine que son (il s'agit de votre mère) mariage avoc Karl Marx, als d'un avocat de Trèves ne se fit pas sans peine, il y avait à vaincre bien des préjugés, le plus fort de tous

Centrums, Reichstags-Abgeordneter Dr. Lieber, sich niemals verbieten lassen dürfe, seiner eigenen Ueberzeugung Folge zu geben.

Staatsminister Freiherr v. Crailsheim erörtere eingehend die Stellungnahme der bayerischen Regierung zur Reichspolitik und betonte dabei, daß die bayerische Regierung bei ihren Bestimmungen im Bundesrat stets in gleicher Weise die Wohlfahrt Bayerns und die des Deutschen Reiches im Auge behalte. Bezüglich der Anteilnahme des deutschen Kaisers an der deutschen Politik sollte das deutsche Volk dankbar sein, daß das erlauchte Oberhaupt des Deutschen Reiches keine Mühe scheue, um seiner hohen Aufgabe gerecht zu werden. Abg. v. Hollmar täuschte sich, wenn er behauptete, daß die bayerische Regierung von dem neuen Plottenplan vor Erscheinen des Artikels der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ nichts gewußt habe. Deutschland brauche eine starke Flotte. Wenn die neue Flottenvorlage an den Reichstag komme, werde es Aufgabe der maßgebenden Faktoren sein, nachzuweisen, daß die Verhältnisse sich während des Flottengesetzes geändert haben. Die Zeitung unserer auswärtigen Politik sei in ausgezeichneten, bewährten, ruhigen und durchaus vertrauenswürdigen Händen und das einzige Ziel der auswärtigen Politik sei die Aufrechterhaltung des Friedens und die Wachststellung des Deutschen Reiches. Von einer Schmiegsamkeit Rußland gegenüber sei keine Rede. Man sollte sich freuen, mit Rußland freundschaftliche Beziehungen zu haben.

Die Rede des Freiherrn v. Crailsheim beweist, eine wie tiefe Kluft die Anschauungen der bayerischen Regierung von denen des bayerischen Volkes trennt. Die bayerische Regierung hat dem Reichsausgleich zugestimmt, sämtliche Parteien der Volksvertretung haben das Gesetz zurückgewiesen. Jetzt erklärt sich die bayerische Regierung für den neuen Plottenplan, während die große Mehrheit des Abgeordnetenhauses diesen Plan ablehnt. Ebenso dürfte Herr v. Crailsheim mit seiner Meinung über das persönliche Regiment völlig vereinamt bleiben. Schließlich hat der bayerische Minister bei der Aufzählung der Ziele der auswärtigen Politik neben der Aufrechterhaltung des Friedens und der Wachststellung des Deutschen Reiches das neueste Hauptziel vergessen, das Phantasma der Weltmachtspolitik und Eroberung, des Einnehmens an allen Punkten des Erdballes.

Die Ausführungen des Herrn Dr. Schädler sind interessant durch das Vertrauen, das er der Festigkeit seines Parteigenossen Lieber gegenüber den neuen Plottenplänen erweist. —

Deutsches Reich.

Die Spätzeit der „Nordd. Allg. Zig.“ über den Jaren, der „welt über die Grenzen Rußlands hinaus das politische Leben und Denken aller Völker des Erdballs an der Grenzscheide zweier Jahrhunderte mit neuen verheißungsvollen Anregungen befruchtet hat“, erfährt Verschärfung durch ihre Aufnahme in den alleroffiziellsten „Reichs-Anzeiger“. Offiziell werden die russischen Offizieren nicht mit der Verkörperung des Gedankens von der „Erbünde“, aus der die Notwendigkeit des Krieges erwächst, als einer „verheißungsvollen Neuerung“ antworten. —

Viel Mühe befeht die preussische Regierung, wenn die Mitteilung der „Nationalliberalen Korrespondenz“ richtig ist, daß das preussische Ministerium mit dem Vortrag des Herrn Tirpitz über die neue Flottenvorlage einverstanden sei.

Sowohl hinsichtlich des Zeitpunktes des Vorgehens, wie der finanziellen Voraussetzung der Flottenvermehrung, wie über den Hauptpunkt, schon jetzt auf dem Wege der Gesetzgebung die Schaffung einer Flotte in der nach den bisher veröffentlichten Mitteilungen in Aussicht genommenen Stärke und Zeit sicher zu stellen.

Will die preussische Regierung wirklich eine neue Bindung des Reichstages für einen längeren Zeitraum fordern, so kann das den principielle Segnern der Flottenvermehrung nur willkommen sein. Die Ungeheuerlichkeit der Forderung bringt sie um so leichter zu Falle. —

Die Einheitsbriefmarke gescheitert. Herr v. Crailsheim teilte in der bayerischen Kammer mit, er habe dem Staatssekretär des Reichs-Postamts erklärt, daß Bayern nicht geneigt sei, auf die Einheitsmarke einzugehen; der Staatssekretär habe in loyalster Weise erwidert, daß damit die Sache für das Reichs-Postamt abgehan sei.

Die bayerische Regierung ist, wie es scheint, nur dann für Berliner Wünsche zu haben, wenn etwas Rückwärtslerisches gewünscht wird. —

Die „Germania“ widmet dem „Vorwärts“ einen ausgetauchten Leitartikel, weil er die staatsanwaltliche Abweisung der „Ull“-Klage gebilligt hatte.

Es ist eine alte Geschichte, wenn jemand die Heuchelei des Christentums geistlich, so fühlen sich die Unfrommen in ihren heiligsten Gefühlen gekränkt, und wenn jemand Ursache hat, die état encore se préjuge de race; On sait, que l'illustre économiste est d'origine israélite.“ (Man mutmaßt, daß ihre (es handelt sich um seine Mutter) Heirat mit Karl Marx, dem Sohne eines Advokaten in Trier, nicht ohne Schwierigkeiten zu stande kam. Es gab da viele Vorurteile zu überwinden, deren stärkstes das Vorurteil der Rasse war. Man weiß, daß der berühmte Delonome israelitischer Abkunft ist.)

Das ist alles nichts weiter als eine einfache Erfindung. Ich glaube nicht zu irren, wenn ich diese literarischen „Schönfärbereien“ dem erfindnerischen Genie von L. zuschreibe. Derselbe Schriftsteller sagte in einer anderen Nummer der „Justice“, als er über die Verkürzung des Arbeitstages und über die Fabrikgesetzgebung sprach: „Kassalle und Marx, die früher über die erdortete Frage nie ein Wort gedruckt und gesagt haben“ ... Ich werde L. sehr dankbar sein, wenn er in seinen Schreibern meinen Namen nie erwähnen wird.

Die Anspielung auf die zufällige und anonyme Korrespondenz Deiner Mama (im Grunde genommen — wegen Irving) ist im höchsten Grade unbedeutend. Zur Zeit, als sie in der „Gazette de Francfort“ schrieb, (sie schrieb nie im Journal de Francfort“ (wie sie die „Justice“ nennt) eine einfache reaktionäre und phillisterhafte Zeitung), stand diese (Gazette) in mehr oder weniger freundschaftlicher Beziehung zu der Arbeiterpartei.

Was die „von Westphalen“ anbeht, so waren sie christlicher und nicht brunnshweigischer Abkunft. Der Vater des Vaters Deiner Mutter war das Halbottum des berühmten Herzogs von Braunschweig zur Zeit des „Siebenjährigen Krieges“. In dieser Eigenschaft wurde er von der britischen Regierung durch Gnaden überhäuft und heiratete eine Verwandte der Argyles. Seine Werke über den Krieg und die Politik wurden von dem Minister von Westphalen veröffentlicht. Von der anderen Seite „par sa mère“ kommt Deine Mutter von einer kleinen preussischen Beamtenfamilie ab. Das braucht man ja nicht alles zu wissen, doch, wenn man keine Ahnung davon hat, sollte man keinen Anspruch einer Verbesserung „d'autres biographies“ machen.

Und jetzt, mein teures Kind, schicke mir eine genaue Beschreibung der Thaten von Johnny und Co. Ich bedauere noch immer, daß Henri nicht zu uns gelassen wurde, zur Zeit, als er so gerne damit einverstanden war. Das ist ein Kind, das von einer ganzen Familie gepflegt sein will, die sich ausschließlich mit ihm beschäftigen würde, und jetzt ist es eine Last bei den vielen Kindern, die Deine Pflege brauchen.

Viele Küsse für Dich und Deine „kleinen Leute“ Dein ergebener Vater R. W.

*) Der bekannte Chemiker, ein Freund der Familie.

Preßfreiheit zu fürchten, nennt er sie Preßfreiheit und fordert ihre Ausrottung.

Rebendei sollten sich gerade die Vertreter der beiden christlichen Konfessionen nicht allzu empfindlich stellen, da ihre ganze polemische Literatur an gegenseitigen Verhöhnungen und Verleumdungen alles Denkbare leistet. Sollen wir ein wenig citieren, zaristische „Germania“? —

Die „Kreuz-Zeitung“ und die Miliz der Boeren. In ihrem Leitartikel über die äufere Politik der Woche, erörtert die „Kreuz-Zeitung“ in ihrer Morgen-Ausgabe vom Mittwoch auch die Vorgänge in Transvaal; sie bespricht sich bitter über die Unzuverlässigkeit und Unwahrscheinlichkeit der englischen Mitteilungen vom Kriegsschauplatz und fürchtet, daß die schweren Stunden für die tapfere Armee der Boeren erst beginnen werden, wenn General Buller seine Truppen besammeln habe. „Aber es ist ein ungeheures Gebiet, das er erobern muß und in der Defensive dürfte die Fähigkeit der Boeren nicht geringer sein, als sie sich bei ihrer Kühnen Offensive gezeigt hat. Sie sind — wenn wir von den Spaniern absehen — die ersten Weihen, die den neuen Geschützen gegenüber gestanden haben; die Probe, die diese, vor Ausbruch des Krieges von den Engländern so verächtlich geschilderte „Miliz“ bestanden hat, verdient aber die höchste Bewunderung.“

Im weiteren meint die „Kreuz-Zeitung“, daß, wenn Oestreich über 200 000 Mann gekaufter Truppen brauchte, um Boshien zu bewältigen (in dem damals auch nur eine Miliz vorhanden war), General Buller mit 70 000 Mann der aufs äußerste entschlossenen Boeren nicht so rasch Herr werden dürfte, als eine ungeduldige und nervöse öffentliche Meinung in England verlange.“

Die „Kreuz-Zeitung“ die Miliz verherrlichend — ein reizvolles Schauspiel! —

Centrum und Flottenpläne. Aus dem Rheinland wird uns geschrieben: Die Centrumspresse hat sich gegen die Flottenpläne ausgesprochen. Aber wir wissen, wie man die Erklärungen einer Partei zu bewerten hat, bei der der Unfall zum Grundlag geworden ist. Genau so mutig wie heute kam es aus den Centrumblättern, als im Jahre 1897 die damaligen Flottenpläne aufstanden; und das Ende ist doch der Bericht des Volkswillens und der eigenen Worte gewesen. Es ist denn auch so weit gekommen, daß man dem Centrum in den eigenen Reihen nicht mehr traut. So schrieb dieser Tage das Kachener Centrumblatt „Der Volksfreund“ auf eine maunhaft klingende Auslassung der „Nölnischen Volkszeitung“:

„Wah, brav gesprochen, edle Kollegin. Und nicht wahr, wir werden auch diesen Standpunkt weiter einnehmen und der diesjährigen Marinevorlage bis zum Ende Widerstand entgegen setzen?“

Aus dem spöttischen Ton des Kachener Centrumorgans geht hervor, daß es mit uns darin einig ist, daß, wie allemal, auch jetzt wieder ein Unfall dem tönenden Cerede folgen wird. —

Ein begnadigter Schumann. Man schreibt der „Volks-Zeitung“ aus Hannover: Der vor einigen Monaten wegen Mißhandlung einer Handelsfrau zu einer längeren Gefängnisstrafe verurteilte Schumann Hauschild ist jetzt begnadigt und zu der neu eingerichteten königlichen Polizeiverwaltung nach Nixdorf bei Berlin versetzt worden. —

Wie der „Vorwärts“ „cittert“ — also erbot sich die „Germania“, weil uns ein Abstreifer unterließ. Wir hatten geschrieben: „Die Germania“ meint heute: Die Ausfichten dieses Gesehenturfs haben sich inzwischen erheblich verbessert. Statt „verbessert“ mußte es heißen „verschlechtert“. Unsere nachfolgenden Worte mußten der „Germania“, wenn sie lesen könnte, zeigen, daß ein Versehen vorlag. —

Marineplan und Spekulation. In unserer Kolz über die Ansbewegung der Aktien der Stettiner Schiffbau-Gesellschaft „Vulkan“ war irrthümlich in Klammern Schickau hinzugefügt worden. Die Schickau-Werft liegt bei Elbing und hat mit dem Stettiner „Vulkan“ nichts zu thun. —

Druckfehler-Verrichtung. Die Verhältniszahlen der Kriminalität im gestrigen Leitartikel beziehen sich nicht auf 10 000, sondern auf 100 000 der strafmündigen Zivilbevölkerung.

Bei dieser Gelegenheit sei gleich ein Fehler der amtlichen Statistik richtig gestellt. Die Kriminalität der Stadt Berlin für 1898 (Nr. 8a und 14b des abgefügten Verzeichnisses) beträgt nur 178 und nicht 186, wie die Urtaunungen zur Kriminalstatistik für 1898 II, 48 angeben. Das ist insofern wesentlich, als Berlin dadurch von der dritten an die zweite Stelle rückt und nur noch von Schleswig-Holstein übertroffen wird.

Ausland.

Oestreich-Ungarn.

Der Prager Professor Masaryk hat eine Broschüre über den Polnaer Mädchenmordprozeß verfaßt, in der er den Nachweis führen will, daß das ermordete Mädchen nicht in dem Walde, wo die Leiche gefunden wurde, sondern in ihrem Geburtsort Klein-Weschnitz getötet worden sei. Diese Broschüre ist, wie aus Prag telegraphiert wird, am Dienstag von der Staatsanwaltschaft konfisciert worden.

Der „Fr. B.“ wird über den Inhalt der Broschüre folgendes aus Prag mitgeteilt: Professor Masaryk von der hiesigen tschechischen Universität veröffentlicht eine Broschüre über die Notwendigkeit der Revision des Polnaer Mordprozesses. Der Verfasser erklärt in der Einleitung, er wolle durch die Analyse der Prozesse die Schande gut machen, die den Tzechen von ihrer Journalistik bereit wurde, welche durch lägenhafte und heberische Schilderungen eine tschechische und österreichische Dreifus-Affaire bereitete. Der ganze Polnaer Prozeß sei unter antisemitischem Druck und unter dem Überglauben vom Ritualmorde durchgeführt worden. Die Ehre des tschechischen und österreichischen Richterstandes und der Juristen werde hoffentlich von denjenigen verteidigt werden, welche die Sache in erster Linie angehe. In der Beschreibung der Polnaer Affaire seitens der tschechischen Öffentlichkeit liege so viel Widersinniges, Unabwäres, Leidenschaftliches Ueberreiztes, ja geradezu Unmensliches und Grausames, daß eine solche Erscheinung sich nur mit der nervösen Ueberreiztheit und dem anomalen Zustande des tschechischen und des österreichischen Lebens überhaupt erkläre. Für diejenigen, welche den Stand der Dinge einigermassen aufmerksam beobachteten, sei der Polnaer Prozeß ein blutiges Memento. Masaryk zweifelt nicht daran, daß es zur Revision des Prozesses komme und kommen müsse. —

Neue Demonstrationen.

In Neubudischow erz wangen die Tzechen die Freilassung eines wegen der „De“-Meldung verhafteten Arbeiter; es fanden große Demonstrationen statt. In der Nacht vorher wurden die Aufschrift-Tafeln der Kemter sowie die Reichsadler heruntergerissen und in einen Brunnen geworfen.

In Böhmisches-Brod verweigerte die Stadtverwaltung ihre Mitwirkung an der Kontrollversammlung. Als sechs Reichswisten wegen „De“-Meldung zu 7 Tagen Arrest verurteilt und der Bezirks-Hauptmannschaft eingeliefert wurden, forderte der Bürgermeister die Freilassung derselben, da er andernfalls nicht für die Waise einstehen könne. Darauf erschienen auf telegraphische Requisition 80 Gendarmen und eine 100 Mann starke Abteilung Dragoner. Die Gemeindevertretung weigerte sich, für die Einquartierung des Militärs zu sorgen.

In Eisenbrod, Jasomer, Landskron, Böhmisches-Elitz, Neustadt a. Mettau, Hohenbrud, Kolonig, Humpolek, Chrudim und Böhmisches-Brod fanden in den letzten Tagen Kundgebungen statt, bei welchen jüdischen Einwohnern die Fenster eingeschlagen wurden und

an einigen Orten die Gendarmen mit Steinen beworfen wurde. In einigen Orten mußte Militär einschreiten, um die Ruhe wieder herzustellen. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen. —

Amerika.

New York, 8. November. Nach den bis heute vorliegenden Berichten über die Wahlen in den einzelnen Staaten der Union werden republikanische Kandidaten in Ohio, Massachusetts, Iowa, Pennsylvania, Kentucky, Süd-Dakota und New-Yersey, demokratische Kandidaten in Maryland, Mississippi und Virginia gewählt werden. In Nebraska wird ein Fusionist siegreich sein mit einer Mehrheit von etwa 10 000 Stimmen. In der Stadt New York ist Waget, der republikanische Kandidat für das Unterhaus der Staatslegislatur, unterlegen.

Partei-Nachrichten.

Socialdemokratische Erfolge bei Stadtverordnetenwahlen. In Frankfurt (Main) siegte bei der heutigen Stadtverordnetenwahl in der 8. Abteilung die socialdemokratische Liste mit 700 gegen 500 gegnerische Stimmen; 7 Genossen wurden gewählt.

Auch in Götting hatten wir, obgleich keine gründliche Vorbereitung der Wahl möglich war, erhebliche Erfolge, wir erzielten für unsere Kandidaten 678—714 Stimmen. Die Freisinnigen besaßigten sich einer möglichst unanständigen Kampfweise.

Bei den Stadtverordneten-Wahlen in Orlitz kamen zwei unserer Kandidaten in eine ausfichtslosle Stichwahl.

Münster, 8. November. Privatdepesche des „Vorwärts.“ Bei der heutigen Nachwahl zur Stadtverordneten-Versammlung erzielten wir wiederum glänzenden Sieg.

Von der Parteipresse. In die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ ist der Genosse W. Lubnow, bisher in der Redaktion des Braunschweigischen „Volksfreundes“ tätig, eingetreten. Er tritt an die Stelle des Genossen Dr. Morgenstern, der sich mehr literarischen Arbeiten widmen will.

Der Verlag der „Reichlichen Tribune“ in Gera ist in eine offene Handelsgesellschaft verwandelt worden. Der Zweck der Maßregel ist die Erweiterung und Vervollkommnung des Parteiblattes.

Einem interessanten Bericht gab in einer Parteiverammlung in Königsberg der Vertrauensmann. Danach hatte die Partei an Einnahmen 3074,91 M. und Ausgaben 2899,73 M. Unter dieser Ausgabeummel befinden sich 1513,77 M. für die Provinzial-Agitation und für Unterstützungen gemäßigter Parteigenossen in der Provinz Ostpreußen. 44 Anlagen wurden im Berichtsjahre gegen einzelne Parteigenossen erhoben, von denen 11 mit Freisprechung der Angeklagten erledigt wurden. 12mal wurde auf Freiheitsstrafe erkannt und zwar in Höhe von zusammen 76 Wochen. In 17 Fällen wurden Geldstrafen ausgesprochen und zwar in Summa 321 M. In weiteren drei Fällen wurde das Verfahren eingestellt und einmal auf Dienstentlassung (bei einem Gemeindevorsteher) erkannt. — Zehn Anlagen wurden im Berichtsjahre allein gegen unsere Parteigenossen Rakut, den verantwortlichen Redakteur der „Volkstribüne“, erhoben. —

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Sattler und Gerber! Bei der Firma C. Jender, Alexandrinerstr. 25, haben die 61 dort beschäftigten Kollegen die Arbeit niedergelegt. Die Firma ist bei den Berliner Sattlern so bekannt, daß es niemand wundern kann, daß den dort beschäftigten Arbeitern endlich der Geduldsfadon gerissen ist. Jender ist dafür bekannt, daß er seine Arbeiter weit schlechter behandelt, als irgend ein anderer Berliner Arbeitgeber. Der Streik ist nur deshalb ausgedehnt, um eine bessere Behandlung zu erlangen. Gleichzeitig soll in dessen eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 1/2 Stunden und eine Erhöhung des Lohnes erstrebt werden. Es wird für gelehrte Arbeiter ein Minimallohn von 19,50 M., für ungelernete bis 18 Jahre 15 M. und für ungelernete über 18 Jahren 17,50 M. verlangt. Zugug ist streng fernzuhalten. Die Kommission.

Ächtung, Eiseleure! Der Streik bei der Firma Krister (Zuß. Engel und Hegenwald) ist beendet, desgleichen ist mit dem heutigen Tage die Sperrung von sämtlichen in Betracht kommenden Bronze-waren-Fabrikanten aufgehoben. Bei der Firma Volkold u. Sohn, Silberwaren-Fabrik, Köpnickstr. 72, sowie Gerike, Sebastianstr. 20, dauert der Streik unverändert fort und ist deshalb Zugug nach wie vor fernzuhalten.

Ebenfalls ist Zugug fernzuhalten von den Eiseleuren G. Mahymussen, Adalbertstr. 65, Neglaff, Reanderstr. 15, Pfudel, Dresdenerstr. 117, und Kallische in der Silberwaren-Fabrik von Schneider, Stauffschreiberstr. 62, da bei denselben Streikarbeit angefertigt wird. Die Kommission.

Der Gesellenaustrich der Berliner Steinseher- (Zwangs-) Innung ist am Sonntag im Rathaus gewählt worden, und zwar wurden sämtliche von den Steinsehern vorgeschlagenen Kandidaten gewählt.

Ächtung, Tapezierer! Der Ausstand bei dem Innungsmeister S. Brandt, Hollmannstr. 22, dauert unverändert fort. Zugug ist streng fernzuhalten. Zugleich weisen wir darauf hin, daß sich der Arbeitsnachweis jetzt im Restaurant Simons, Weuthstr. 21, befindet. Die Agitationskommission der Tapezierer Berlins und Umgegend.

Die Bantischler von Peetel, Weihensee, Röllestr. 180, haben am Montag, den 6. d. Mts., die Arbeit wieder aufgenommen. Unter Mitwirkung des Bauvorstandes kam eine Einigung zu stande und verpflichtete sich Herr Fischermeister Peetel, die bei der letzten Bewegung vereinbarten Preise weiter zu zahlen.

Die Ortsverwaltung Weihensee des deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Deutsches Reich.

Zur Bergarbeiter-Bewegung in Oberschlesien wird uns geschrieben: Wie bereits telegraphisch gemeldet ist, hat das Streiken im ober-schlesischen Industriebezirk nun doch wirklich begonnen. Es ist allerdings noch nicht gesagt, daß der Ausstand der hundert Buddler auf der Königshütte das Signal zum Ausbruch eines großen allgemeinen Streiks sein wird. Die Bergarbeiter der hiesigen Königshütte, deren Forderung (35 pCt. Lohnerhöhung) Bergat Dohers in sehr unklarer Weise — er sprach von Faulenzen! — ablehnte, haben sich noch in einer Petition an den Handelsminister selbst gewandt. Ihr Verhalten wird sich nach dessen Bescheid richten. Dasselbe thun die Arbeiter der hiesigen Lühfengrube, denen ebenfalls keine Lohnerhöhung zugesprochen worden ist. Die Bewegung greift jetzt schneller als bisher um sich. Positive Forderungen sind gestellt u. a. auf der Donnersmarchhütte, Waldhütte, Gieschgrube und auf Eileshütte in Lyptine.

Die Schiedsgerichte können als Einigungsämter nicht fungieren, da in den großen Industrie-Orten Gewerbegerichte nicht bestehen! Selbst Königshütte, eine Stadt von fast 55 000 Einwohnern, besitzt kein Gewerbegericht! Auch die Vermittelung der Gewerbe-Inspektoren ist nicht angerufen worden. Die Arbeiter haben zu ihnen kein Vertrauen. Die Leitung der Bewegung liegt in den Händen des Vorstandes des Deutschen christlichen Bergarbeiter-Verbandes.

Ein späteres Schreiben desselben Korrespondenten bringt bereits die Nachricht von einer Niederlage der Arbeiter: Der Streik der Buddler der hiesigen Königshütte ist zwar noch nicht beendet, wird es aber binnen ein oder zwei Tagen sein und zwar in einem für die Arbeiter ungünstigen Sinne. Der Streik war von vornherein nur ein partieller; die besser gelohnten ersten und zweiten

Buddler liegen die schlecht bezahlten dritten und vierten Buddler im Stich, gegen die Verhandlung. Trotzdem mühten gestern dreiviertel der Buddelösen stehen bleiben. Die Hauptkuld an dem Mißlingen des Streiks tragen das Eingreifen der Behörden und der Mangel einer Streikleitung. Sofort nach Beginn des Ausstandes wurde die Hütte mit Gendarmen, Polizisten, uniformierten und nichtuniformierten, angefüllt, die ober-schlesischen Pioniers, die sogenannte Hüttenfeuerwehr, trat in Aktion, und viele der Streikenden ließen sich einschüchtern. Ein Streikenden ist bereits geländigt. Ein Streikkomitee oder etwas dergleichen gab es überhaupt nicht. Die Leitung des Bergarbeiter-Bergandes, an deren Spitze ein Herr Dombel steht, hat nicht das geringste dazu getan, daß der Streik ordnungsmäßig durchgeführt wurde, und die Streikenden mühten deshalb nicht, woran sie waren. Es hat sich gezeigt, daß die Leitung des Deutscher Bergarbeiter-Verbandes einem Unternehmen, wie es ein Streik in Oberschlesien ist, nicht im mindesten gewachsen ist.

Die Nachricht von der Beendigung des Streiks in den Leipziger Musikwerken (Schumann) bestätigt sich. — Auch die Arbeiter der Adler-Musikwerke haben beschlossen, den Streik zu beenden. Eine der Hauptforderungen, Wiedereinstellung der Gemahregelten, hat sich insofern erledigt, als die Gemahregelten anderweitig Arbeit erhalten haben resp. auf Wiedereinstellung verzichteten. Von den 78 Streikenden sind noch 47 Personen im Ausstand gewesen; die übrigen sind teils abgereist, teils arbeiten sie an anderer Stelle.

Aus der Frauenbewegung.

Die Agitation für den geschlichen Arbeiterinnenstreik wird in Anknüpfung an die Beschlüsse des Hannoverischen Parteitages in der „Gleichheit“ erörtert. Es wird darauf hingewiesen, daß vor allen Dingen das System der Vertrauenspersonen ausgebaut werden muß und solche selbst dort zu wählen sind, wo noch keine selbständige Arbeiterinnen-Bewegung besteht. Die Vertrauenspersonen müssen feste Fühlung mit den Arbeiterinnen ihres Bezirkes und auch unter sich halten. Sie müssen vor allem versuchen, möglichst viel Material über die Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen namentlich bei besonders schädlichen Beschäftigungsarten zu sammeln, um auf diese Weise sowohl Agitationsmaterial als auch Grundlagen für die zum Schutze der Arbeiterinnen erforderlichen Maßregeln zu gewinnen. Es wird dann weiter auf die Wichtigkeit der Agitation durch kurze Flugblätter auf Grund des gesammelten Materials hingewiesen und ausgefordert, Mitteilungen über die Arbeits- und Existenzbedingungen an die Redaktion der „Gleichheit“ gelangen zu lassen, damit sie in dem Blatte veröffentlicht werden können. Die „Gleichheit“ wird demnächst auch ein Verzeichnis der Schriften und Abhandlungen veröffentlichen, die zum Studium der Frage des Arbeiterinnenstreikes geeignet sind.

Ein weiblicher Professor. Zum ordentlichen Professor am italienischen Gymnasium in Fiume (Ungarn) ist ein Fel. Dr. Barbara Zedecki ernannt worden.

Sociales.

Zur Baukontrolle. Eine Anzahl erschreckender Baumfälle in Bayern und speziell in München haben die maßgebenden Faktoren aus ihrer Gleichgültigkeit aufgerüttelt und zu Maßregeln dagegen angeregt. Es hat in München eine Konferenz zwischen staatlichen und städtischen Baubeamten, Ausschichtsbeamten, Unternehmern und Arbeitern stattgefunden, in der auch der Minister des Innern erschien und in der eine lebhaft Diskussion über die geeignetste Art der Baukontrolle gepflogen wurde. Es wurde schließlich beinahe Einstimmigkeit erzielt über folgende Vorschläge:

1. Es sollen Baucontrolleure angestellt werden. 2. Die Anstellung soll dauernd sein. 3. Die Controlleure sollen aus den Reihen der Arbeiter entnommen werden. 4. Die Bauarbeiter können die Vorschläge für die Controlleure machen. 5. Die Kosten dieser Einrichtung trägt die öffentliche Baukontrolle. 6. Die Einrichtung ist durch gesetzliche Vorschriften zu ordnen.

Die Vorschläge sind sehr vernünftig und entsprechen den Forderungen der organisierten Arbeiter. An der Regierung und der Vollvertrittung wird es nun liegen, sie baldigst in geeigneter Weise zu verwirklichen.

Kapitalgewinne. Die Bergwerksgesellschaft Hibernia in Herne macht im laufenden Geschäftsjahre glänzende Geschäfte und die Aktionäre werden am Schlusse des Jahres Riesengewinne einstecken. Wie in der gestrigen Ausschichtungsmitteilung wurde, betrug der Bruttogewinn in den neun Monaten Januar bis September 5 648 900 M., das sind 1 189 316 M. mehr als in der gleichen Zeit des Jahres 1898. Und auch die letzten drei Monate des Jahres lassen dasselbe günstige Resultat erhoffen, so daß man auf das gegen bisher um 10 Millionen Mark erhöhte Kapital dieselbe Dividende verteilen wird wie 1898, nämlich 12 Proz. Die armen Arbeiter aber werden gezwungen, erst zu Verzweigungsarbeiten zu greifen und sich zusammenzuziehen und ins Nacht-haus steden zu lassen, um von diesen Millionen ein paar Pfennige mehr Lohn für sich zu erlangen.

Der Londoner Schulrat hatte vor einiger Zeit ein Komitee eingesetzt, das die Frage der mangelhaft ernährten Schulkinder genauer unteruchen und Vorschläge zur einheitlichen und wirksameren Bekämpfung dieses Uebels ausarbeiten soll. Der Bericht liegt jetzt vor und wird in diesen Tagen verhandelt. Noch ihm kommen im Durchschnitt mehr als zwölf Prozent der Kinder in den Londoner Volksschulen — 55 060 von rund 450 000 — hungarig oder ungenügend ernährt in die Schule, in der großen Mehrheit der Fälle insofern wirklicher Armut und Not der Eltern, wemgleich natürlich auch Fälle strafbarer Vernachlässigung vorkommen. Die heute vielfach geübte private Wohltätigkeit — es werden jährlich durchschnittlich eine und ein Drittel Million „Mahlzeiten“ irgend welcher Art an Londoner Schulkinder verteilt — hat sich als unzulänglich erwiesen, vornehmlich wegen ihrer Unregelmäßigkeit und Ungleichmäßigkeit. Die Kommission schlägt daher die Einsetzung eines ständigen Komitees für die unterernährten Kinder vor, das die Beaufsichtigung und einheitliche Regelung der Versorgung der Kinder zur Aufgabe haben soll. Es soll dabei nach dem Prinzip der Partier Schulkantinen verfahren werden, d. h. die dargebotenen Mahlzeiten sollen allen Kindern ohne Ausnahme gegen Marken zur Verfügung stehen, die ihnen, sei es gegen Verabreichung oder unentgeltlich, vorher bereitgestellt sind, daß kein Unterschied zwischen unterrichteten und nichtunterrichteten Kindern gemacht werden kann.

In Fällen, wo Eltern ohne genügenden Grund in städtischer Vernachlässigung ihre Kinder unterernähren lassen, soll das Komitee bezw. die Schulbehörde Vollmacht haben, wegen Grausamkeit strafrechtlich gegen sie vorzugehen.

Es ist ziemlich sicher, daß die Vorschläge, die ja noch sehr vorläufig gehalten sind, Annahme finden werden.

Kriminelle Bekämpfung des Kontraktbruchs. In Rußland soll demnächst ein neues Arbeitergesetz in Kraft treten, demzufolge die Arbeiter für Verletzung des Arbeitsvertrages hohe Gefängnisstrafen treffen sollen. Dieses Gesetz wird damit begründet, daß besonders landwirtschaftliche Arbeiter häufig die Arbeitsverträge brechen sollen. Arbeiterfreundliche russische Blätter wenden sich aber gegen die neue Gesetzesbestimmung mit aller Entschiedenheit und weisen mit Recht auf den Umstand hin, daß, wenn auch derartige Kontraktbrüche häufig vorkommen, die Schuld viel weniger den Arbeiter als die Unternehmer trifft. Viele Gutsherrscher, schreibt u. a. eines dieser Blätter, betrachten den Arbeitsvertrag einfach als eine Gelegenheit zum Buhergeschäfte; sie mieten Arbeiter, die sich in bedrängter materieller Lage befinden und oft nicht wissen, wie sie den Winter durchleben sollen, im Winter, sogar auch schon im Herbst zu Feldarbeiten für den nächsten Sommer und geben daraufhin Handgeld, worauf es dem von der Not bedrängten Arbeiter einzig ankommt. Die im Winter angebotenen Löhne sind, weil damit ja nur eine Ausbeutung bezweckt wird, spottgering, aber weil der Arbeiter

Handgeld eingehändigt erhält, so geht er dieses Vorteils wegen jeden Vertrag ein. Durch das Gesetz würden die Arbeiter gezwungen sein, sich von den tüchtigeren Landwirten, in deren Hände sie nun einmal gefallen sind, bis aufs Blut ausbeuten zu lassen. Es sei daher mindestens für die Gerichte das Recht zu fordern, die Arbeiter in den Fällen von der Erfüllung von Verträgen zu entbinden, wo diese in ausbeuterischer Absicht zur Ausnutzung der Notlage des Arbeiters abgeschlossen sind.

Gerihts-Beitung.

Ein unerwarteter Ausgang fand ein Strafprozeß, der gestern vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I gegen den kessler Josef Kula s z e w s t i verhandelt wurde. Wie erinnerlich, wurde von demselben Gerichtshof am 19. Mai der Kanjlist Willi Lange, der als Angestellter der Brüer'schen Buchhandlung 40 000 M. unterschlagen hatte, zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt. Lange versteckte das Geld zum weitaus größten Teil in drei Flaschen, die er im Grunewald vergrub. Der Polizei ist es gelungen, auf Grund von Mitteilungen, die Lange später im Gefängnis einem Mitgefangenen machte, zwei Flaschen mit Geld zu ermitteln, während die dritte Flasche noch fehlt. — Von dem geraubten Gelde hatte Lange 14 Hundertmarktscheine in Gold und Silbergeld umgewechselt und diese Summe von 1400 M. seinem Freunde, dem jetzigen Angeklagten, ohne dessen Wissen in die Kommode gelegt. Kulaszewski fand dort das Geld, erfuhr, daß es von Lange herrührte, und veranlagte 300 M. davon in seinem Ruhen, während der Rest von 1100 M. bei ihm beschlagnahmt wurde. Der Verdacht, daß er die fehlende Flasche mit 13 000 M. Papiergeld im Grunewald ausgegraben und sich angeeignet habe, hat in der Voruntersuchung keine Bestätigung gefunden, und so war er nur wegen Hehlerei an den 1400 M. angeklagt. Diese Anklage konnte der Staatsanwalt im Termin nicht aufrechterhalten, da das von Lange geraubte Geld aus Papiergeld bestanden hatte, die bei dem Angeklagten vorgefundenen 1400 M. sich dagegen aus Gold und Silbergeld zusammensetzten. Nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts ist Hehlerei nur an denjenigen Sachen möglich, welche selbst den Gegenstand des Diebstahls oder der Unterschlagung gebildet haben, nicht aber an denjenigen, welche durch Umwechslung an deren Stelle getreten sind. Dagegen hielt der Staatsanwalt den Angeklagten der strafbaren Veräußerung des Lange schuldig, weil Kulaszewski bei seiner Vernehmung durch den Kriminalinspektor Braun jede Verbindung mit Lange in Abrede gestellt hatte. Der Staatsanwalt beantragte zwei Jahre Gefängnis. Dem gegenüber machte Rechtsanwält Dr. Schw ind t geltend, daß Kulaszewski keine Verbindung und Bekanntschaft mit Lange nicht deshalb geleugnet habe, um demselben den im Grunewald vergrabenen Raub zu sichern, sondern um nicht selbst in die Gefahr zu kommen, wegen der von den 1400 M. bereits verbrauchten 300 M. zur Rechenschaft gezogen zu werden. Da Lange, als Zeuge vernommen, erklärte, es sei möglich, daß er dem Angeklagten gesagt habe, er habe ihm ein Geldgeschäft in die Kommode gelegt, so führte der Verteidiger weiter aus, daß bezüglich dieser 1400 M. nur ein zivilrechtlicher Anspruch der Firma Brüer bestehe, weil Lange durch Umwechslung der 14 Hundertmarktscheine juristisch Eigentümer des gewechselten Geldes geworden sei und also auch darüber habe verfügen können. Somit liege auf Seiten des Kulaszewski auch eine Unterschlagung der von ihm verausgabten 300 M. nicht vor. Der Gerichtshof folgte diesen Ausführungen und sprach den Angeklagten, der seit Mai in Untersuchungshaft gesessen, vollkommen frei.

Ein kleines Bild aus dem Strafenleben beschäftigte gestern die Verurteilungskammer des Landgerichts I. Der Kaufmann Jakob Doller, welcher vom Schöffengericht wegen schwerer Körperverletzung zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt worden war, hatte hiergegen Einspruch erhoben. Am Nachmittag des 21. Februar ging der bekannte Druckschriftenhändler Neumann wie alltäglich an der belebtesten Stelle der Friedrichstraße auf und ab, den Postanten seine antimilitaristischen Druckschriften entgegenhaltend und dabei ausrufend: „Anarchisten, Juden und Socialdemokraten! Recept gegen freche Juden! Der empfindsame Angeklagte nahm als Jude hieran Anergernis, er wandte sich an einen Schutzmännchen und forderte von ihm die Sistierung Neumanns, den er wegen Beleidigung anzeigen wolle. Obgleich der Schutzmännchen erwiderte, daß er die Personalien des Neumann genau kenne, eine Sistierung demnach überflüssig sei, beharrte der Angeklagte democh so hartnäckig auf seinem Verlangen, daß der Beamte, schon um einer Ausdehnung des Aufstaus vorzubeugen, die Sistierung vornahm. Doller mußte ebenfalls mit zur Wade, er ging zwei Schritte hinter dem Sistierten, der den Schutzmännchen zur Seite hatte. Pflösch erhielt Neumann von dem Angeklagten mehrere heftige Stöße mit der Kränze des Regenschirms ins Gesicht. Der Angeklagte ergriff darauf die Flucht, der Schutzmännchen holte ihn aber ein und brachte ihn zurück. Auf dem Platz des Polizeireviere angekommen, ergriff Doller noch einmal die Flucht, diesmal gelang es erst auf dem Werderischen Markt, seiner wieder habhaft zu werden. Vor der Verurteilung verteidigte der Angeklagte sich höchst ungeschickt, anstatt zuzugeben, daß er sich in Erregung über die ihm zugefügte Beleidigung zu weit habe hineinlassen lassen, behauptete er, daß er sich im Zustande der Notwehr befunden habe. Er habe auch keineswegs fliehen, sondern sich nur so schnell wie möglich nach dem Alexanderplatz zum Polizeipräsidium begeben wollen. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Bronner, behauptete, daß der Angeklagte sich durch solche Ausflüchte zu retten suchte, er wies darauf hin, daß nicht bloß Juden sich durch das Geschäfts-Gebahren des Händlers Neumann beleidigt fühlen könnten, und hielt die unerlaubte That des Angeklagten mit einer Geldstrafe von 30 M. hinreichend gesühnt. Der Staatsanwalt trat dem Verteidiger im wesentlichen bei, meinte aber doch, daß eine Geldstrafe von 100 M. am Plage sei.

Der Gerichtshof verwarf das erste Urteil und erkannte auf eine Geldstrafe von 140 M.

Die Beleidigung „Mordbahn“. Eine originelle Beleidigungs-Klage spielte sich dieser Tage vor dem Schöffengericht in H a n o v e r ab. Der Bäckermeister Kuhn hatte auf dem Verbandstage der hannoverschen Bürgervereine die elektrische Strassenbahn der Stadt Hannover als „Mordbahn“ bezeichnet. Darüber hatten sich Direktion und Beamte der Bahn so geärgert, daß sie sich beleidigt fühlten; und ein Staatsanwalt nahm sich auch wirklich ihrer Schmerzen an. In der Verhandlung mußte der Vertreter der Anklagebehörde selber die Preisprechung des Angeklagten beantragen, da nichts vorlag, woraus sich schließen ließ, daß Direktion und Beamte der Bahn haben beleidigt werden sollen. Der Gerichtshof erkannte nach dem Antrage des Staatsanwalts.

Ein für die öffentlichen Polizeizustände bezeichnender Prozeß findet am 10. d. M. in Schneidemühl statt. Es handelt sich um eine gegen den Parteigenossen Georg Wollmann in Berlin gerichtete Anklage wegen Beleidigung des Bürgermeisters Dambeck in Kolmar; außerdem wird Wollmann beschuldigt, die Besucher einer Versammlung aufgefordert zu haben, einer Anordnung des Bürgermeisters nicht nachzukommen. Dieser Herr hatte nämlich eine öffentliche Versammlung zu überwachen, in der das Monstrum der Zuchthausvorlage besprochen werden sollte. Vor dem eigentlichen Beginn der Versammlung richtete der Bürgermeister an den Versammlungsleiter die ungeschlächte Aufforderung, dafür zu sorgen, daß die Frauen und Bekleidete entfernt würden. Diese Aufforderung wurde nicht befolgt. Als der Bürgermeister wirklich die Versammlung auflöste, richtete Wollmann eine telegraphische Beschwerde an den Minister des Innern, der denn auch die Auflösung als unberechtigt anerkennen mußte, was zur Folge hatte, daß weitere Versammlungen in jener politisch noch rückständigen Gegend ungestört stattfinden konnten.

Wollmann soll nun, als er auf das ungeschlächte der angeordneten Versammlung-Auflösung hinwies, die anfangs erwähnten Strafthaten begangen haben. Wie wir vernehmen, ist er sich nicht der geringsten Gefährlichkeit bewußt.

Verfammlungen.

Die Vorstände der Krankenkassen Berlins hatten am Dienstagabend in der Brauerei Friedrichshain eine gut besuchte Versammlung, um Kandidaten für die gemäß § 63 zc. des neuen Invaliditätsversicherungsgesetzes demnächst vorzunehmenden Wahlen aufzustellen. Es handelt sich bei der Versicherungsanstalt Berlin um die Wahl von 20 Vertretern für die untere Verwaltungsbehörde, welche Wahlen durch die Vorstände der Krankenkassen erfolgen. Die Kassen mit 50 versicherten Mitgliedern haben dabei eine Stimme, die mit 50 bis 100 haben zwei, die mit 100 bis 200 haben drei Stimmen, und für jedes weitere Hundert versicherungspflichtiger Mitglieder kommt eine Stimme hinzu. Da bei der Versicherungsanstalt Berlin annähernd eine halbe Million Personen versicherungspflichtig sind, so wird jeder der zu wählenden 20 Vertreter für die untere Verwaltungsbehörde etwa 25 000 Versicherte vertreten.

Die meisten der in Betracht kommenden Berliner Krankenkassen waren in der Versammlung durch Vorstandsmitglieder vertreten, nämlich 47 Orts-Krankenkassen, 18 Betriebskassen, 9 Zunftkassen und 8 freie Hilfskassen. S i m a n o w s k i gab zunächst einen kurzen Ueberblick über die Funktionen der zu wählenden Vertreter. Dieselben haben in zweifelhaften Fällen bei der Rentensfestsetzung mitzusprechen, sie sollen gehört werden bei der Lebensnahme des Heilversicherten erkrankter Versicherter, bei der Rückerstattung von Beiträgen zc. Ferner haben sie die Ausschussmitglieder für die Invaliden-Versicherungsanstalt zu wählen und manches dergleichen. Die Versammlung ist nun zu dem Zweck einberufen, eine Einigung über die von den Krankenkassen-Vorständen zu wählenden Vertreter herbeizuführen.

In der kurzen Diskussion wird mehrfach betont, daß es notwendig sei, Vertreter der modernen Arbeiterbewegung, die am besten mit den Interessen der Arbeiterschaft vertraut sind, in die Kommission zu wählen, und man beschließt darauf — freilich nicht ohne den Widerspruch einer größeren Zahl der erschienenen Kassenvorstände — die Kandidaten zu fragen, ob sie gewerkschaftlich und politisch organisiert seien. Aus der größeren Zahl der durch Juraus aus der Versammlung vorgeschlagenen Namen werden nunmehr die folgenden zwanzig Personen, die sämtlich Vorstandsmitglieder von Krankenkassen sind, gewählt: Koblenzer, Tischer, Gries, Maschinenbauer; Günther, Zimmerer; Woss, Cigarrenmacher; Vöfler, Schlächter; Kätebusch, Tischer; Herrmann, Schuhmacher; Spann, Weber; Kelpin, Maurer; Mübius, Schneider; Lohse, Gärtler; Länig, Schlosser; Albrecht, Bäcker; Meyer, Freie Hilfskasse 61; K e r s t e n, Gastwirts-Kasse; Liebers, Strumpfwirler; Löbe, Kgl. Orts-Krankenkasse; S t u m p e, Freie Hilfskasse 27; A h m a n n, Maschinenbauer; R o a d, Bildhauer.

Die Liste dieser Personen wird den Krankenkassen-Vorständen als Kandidatenliste für die endgültigen Wahlen zugestellt werden.

Die Versammlung der centralisierten Maurer vom Dienstag, deren wichtigste Beschlüsse wir bereits gestern mitteilten, erklärte sich damit einverstanden, daß von jetzt ab die Bureaufunden der Lohnkommissionsmitglieder um 7 Uhr beendet sein sollen. — Alle Kollegen, die Freitagabend bekommen, weil die Unternehmer sie durch Accordmaurer ereizen wollen, werden vorläufig unterstützt, und zwar bis zur Dauer von drei Wochen. Sie haben sich jedoch jeden Tag bei der Lohnkommission zu melden und die Invalidenliste mitzubringen. — Nach den neuen Festsetzungen der Schlichterkommission bilden folgende Orte die Grenze für das Gebiet, wo der Vertrag mit dem Arbeitgeberbunde gilt: Zehlendorf, Lietzensee, Mariendorf, Brix, Johannisthal, Schöneweide, Karlshorst, Friedrichshagen, Hohen-Schönhausen, Weihenow, Heinersdorf, Nieder-Schönhausen, Reinickendorf, Zehlendorf, Westend, Grunewald, Dahlem und Zehlendorf. Diese Grenzorte selbst zählen noch mit zum Vertragsgebiet.

Eine öffentliche Versammlung der Maurer lokaler Richtung, welche sehr stark besucht war, tagte am Dienstagabend in C o h n s G e s t ä l l e n. Dieselbe beschäftigte sich mit der Frage: Wie weit werden die Arbeitsbestimmungen von Seiten der Unternehmer innegehalten und welche Stellung nehmen wir für die Zukunft ein? Die Diskussion hierüber war eine sehr lebhaft. Es wurde in derselben teilweise der Standpunkt vertreten, daß die Unternehmer vielfach die vor dem Einigungsamt eingegangenen Bedingungen bis jetzt noch nicht erfüllt hätten und daß es in dieser Beziehung vielleicht besser aussehe, wenn man sich auf den „Einigungs-Kommunal“ nicht eingelassen hätte. Demgegenüber wurde jedoch von anderer Seite betont, daß im allgemeinen die Zustände sich doch gebessert haben, besonders sei es nicht mehr nötig gewesen, wegen der Lohnfrage Sperren zu verhängen. Und was in anderer Beziehung heute noch nicht durchgeführt ist, das würde man sicher auch noch erlangen, wenn die Maurer energisch auf ihre Rechte bestanden. Es gelang sodann folgende Resolution gegen eine Stimme zur Annahme:

In Erwägung, daß nach dem von den einzelnen Bauten eingelieferten Material über die Innehaltung der Vertragsbestimmungen in Bezug auf Baubehälter usw. festgestellt ist, daß dieselben noch nicht überall zur Durchführung gelangt sind; in weiterer Erwägung, daß selbst nach wochenlanger diebzüglicher Vorstellung der Baudeputierten diesem Wunsche nicht Rechnung getragen ist, beschließt die Versammlung:

1. Bei allen Unternehmern, welche sich bisher nicht an die Bestimmungen der Schlichter-Kommission bezüglich Baubehälter zc. hielten, ist am Mittwoch, den 8. d. Mts., früh die Einführung der Bestimmungen unverzüglich zu fordern.

2. Wird dieser Forderung nicht unverzüglich Folge geleistet, so ist sofort die Lohnkommission, Grenadierstr. 33, zu benachrichtigen; diese ist verpflichtet, die gemeldeten Fälle zu untersuchen.

3. Handelt es sich um Bauten von Bundesmitgliedern, so ist der im Einigungsvertrag vorgeschriebene Weg einzufalten; bei Nicht-Bundesmitgliedern ist dagegen im Einverständnis mit der Lohnkommission am Freitag, den 10. d. Mts., früh auf allen Bauten die Arbeit niederzulegen.

Eine sehr lebhaft. Debatte rief auch das Verhalten einer Anzahl Unternehmer hervor, welche die Lohnmaurer durch Accordmaurer ereizen haben. Es handelt sich um die Firmen J o a r u. J o h l, D r a g e r, K e i s t. Alle Redner stimmten darin überein, daß es sich hierbei um einen Bruch des eingegangenen Vertrages handele. Es soll hierüber noch in dieser Woche eine Entscheidung in der Kommission herbeigeführt, eventuell das Gewerbegericht angerufen werden. Ein Antrag Sch o s, daß die Kommission der Maurer sich an die Lohnkommission der Zimmerer und Bauarbeiter wenden solle, um sich mit diesen dahin zu verständigen, daß auf Bauten, wo Accordmaurer eingestellt werden, die Zimmerer und Bauarbeiter die Arbeit verweigern, wurde abgelehnt. Unter Gewerkschaftlichen wurde die Frage aufgeworfen, ob gegen den Unternehmer W a l t e r H a l e n s e e das Strafverfahren eingeleitet sei. Es konnte hierüber keine bestimmte Auskunft gegeben werden; das Verfahren soll noch schweben. M e y e r citiert sodann einen in bekannter gefälliger und tendenziöser Weise abgefaßten Artikel der „Märkischen Volkszeitung“, nach welchem auf einem Magistratsbau, den der Unternehmer Ueberholz auszuführen hat, die organisierten Maurer erklärt haben sollen, daß sie mit den „Christlichen“ nicht zusammen arbeiten. Als erstere dann entlassen worden, sei es zu Excessen gekommen, wobei ein Maurer Schulz zwei der Christlichen geschlagen haben soll. Dieser Fall sei von der Kommission ganz genau untersucht worden und dabei habe sich die absolute Haltlosigkeit der von dem katholischen Blatt aufgestellten Behauptungen nachweisen lassen. Allerdings habe es auf dem Bau mehrfach Differenzen gegeben, das läge aber daran, daß hier die Verhältnisse in außerordentlich großer Anzahl vorgelegen hätten. Als die Maurer auf Abstellung derselben drängten, habe Herr Ueberholz erklärt: „Sämtliche Hallunken, die hier auf dem Bau beschäftigt sind, sie flüchten alle herunter, wenn sie nicht wollen.“ Es sei nicht der Schatten eines Beweises erbracht, daß jemand geschlagen habe. Der inhaftierte gewesene Maurer Schulz sei aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Redner wünscht, daß der „Vorwärts“ diesen

Fall strikte zurückweisen solle. Nachdem noch einige Fälle angeführt, welche die Innehaltung des Vertrages durch die Unternehmer in einem wenig günstigen Licht erscheinen lassen, erfolgt der Schluß der Versammlung.

Der Krieg.

Ueber die Ereignisse in den ersten Tagen dieser Woche um Ladysmith giebt es keinerlei Meldungen. Alle Nachrichten beziehen sich noch auf die Kämpfe in der vorigen Woche, von denen bereits berichtet wurde:

Aus E s t c o u r t (Natal) kommt folgende Meldung des „Neuerischen Bureau“ vom 5. November: Ueber das Gefecht vom Freitag südlich von Ladysmith ist heute folgende, die früheren Nachrichten bestätigende Meldung eingegangen: Eine britische Division unternahm eine Reconnoissance zu dem Zwecke, die vom Feinde angegriffene englische Abteilung in Colenso zu unterstützen. Die Infanterie griff die auf dem Brocks Kloof-Hügel in fester Stellung befindlichen Boeren an, und trieb sie in der Richtung nach dem Zugela-Flusse in die Ebene herab. Danach führte die Kavallerie eine vorzügliche Flankenbewegung aus und unternahm gegen den Feind einen nahezu vernichtenden Angriff. Ueberall in der grabbewachsenen Ebene liegen gefallene Boeren.

Zur Wiederherstellung der Bahnlinie ist ein gepanzerter Zug von E s t c o u r t nach Colenso abgegangen. Am Sonnabend ist, wie man annimmt, kein Gefecht gewesen, da keine Schüsse gehört wurden.

Aus D u r b a n wird gemeldet: Augenzeugen des Kampfes bei Ladysmith am letzten Donnerstags berichten folgendes: Eine Abteilung Boeren habe, nachdem sie offenes Feld gewonnen, weiße Flaggen emporgehalten, worauf eine britische Abteilung, ohne zu feuern, herantam. Als diese in nahe Schußweite gekommen war, hätten die Boeren eine Salve gegen sie abgegeben (?); über diese Verärgerung empört, machten Mäntel, Fusaren und Dragoner und hinter ihnen Infanterie mit gefülltem Wajomet einen Angriff ganz durch die Reihen des Feindes hindurch. Der Erfolg war groß, viele wurden gefangen gemacht, auch viele Beute gewonnen.

„Daily Telegraph“ berichtet aus Pietermaritzburg vom Sonnabend, General Z o u b e r t zog heute seine Truppen aus der Umgebung von Colenso zurück, wofür die Boeren gegenwärtig nur Augenposten haben. Die Zurückziehung der Truppen wird den schweren Verlusten von Ladysmith zugeschrieben.

London, 8. November. Das „Neuerische Bureau“ meldet aus E s t c o u r t vom 6. ds. Mts. 11 Uhr vormittags: Die Natalartillerie verließ das Lager, eskortiert von Abteilungen britischer Karabiniers zu Pferde und der Feldabteilung der Natalpolizei. Die Bestimmung derselben ist noch unbekannt. Heute früh ist in der Richtung auf Colenso Geschützfeuer vernommen worden. Der Feind hat zweifellos die Beschießung von Ladysmith wieder aufgenommen.

Boeren im Zululand.

Man glaubt in Durban, daß der Einmarsch der Boeren in das Zululand nicht auf den Ingwavuma-Bezirk beschränkt bleiben werde, daß vielmehr auch andere Bezirke in gleicher Weise überfallen werden würden. Schall Burger ist mit 1300 Mann aus Swaziland in Bryheid eingetroffen. Man glaubt, er beabsichtige ebenfalls in Zululand einzumarschieren.

Die Vorkehrungen für die Verteidigung von Pietermaritzburg nehmen einen raschen Fortgang.

An der Südgrenze.

London, 8. November. Wie dem „Neuerischen Bureau“ vom 6. d. M. aus Colesberg gemeldet wird, ist dort die Nachricht eingegangen, daß 3500 Boeren, begleitet von einer starken Artillerieabteilung mit Schnellgeschützen schwerer Kalibers von Pretoria zur Sicherung der Südgrenze des Oranje-Freistaates nach dort aufgezogen sind.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Landtagswahl in Hessen.

Darmstadt, 8. Novbr. (Privatdepesche des „Vorwärts“). Vorläufiges Resultat. Im 14. Wahlbezirk Landkreis Großgerau siegte unser Kandidat.

Das österreichische Parlament.

Wien, 8. November. (W. G.) Der Finanzminister legte heute dem Abgeordnetenhaus den Staatsvoranschlag für das nächste Jahr vor. Derselbe schließt mit einem Ueberschuß von 407 880 Kr. ab. Das für das Jahr 1900 festgesetzte Investitionspräliminar beläuft sich auf 67,82 Millionen Kronen, denen eine Einnahme von 1,14 Millionen gegenüber steht. Zur Deckung des erforderlichen Restes in Höhe von 66,68 Millionen, erhält der Finanzminister die Ermächtigung, eine 4 Proz. Kronenrente auszugeben.

Wien, 8. November. (W. G.) In der Debatte über die Interpellations-Beantwortung betreffend die Excesse in Mähren erklärte der Geheime Rats, daß die Juden dort deswegen die Opfer der Excesse geworden seien, weil sie politisch immer zu den Deutschen gehalten hätten. Die böhmische Bevölkerung sei nicht antimilitarisch, und wenn die Juden sich auf ihre Seite stellen würden, könnten sie mit ihr in vollem Frieden leben. Von Rassen- oder religiösen Haß könne bei den Böhmen keine Rede sein. Das Haus nahm darauf einstimmig den Antrag D a s c h n y s k i an, dem Bericht des Ausschusses betr. die Aufhebung des Zeitungstempels auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu stellen. Nächste Sitzung morgen.

Berlin, 8. November. (W. G.) Der Kaiser hat dem Staatssekretär, Staatsminister Grafen v. Bülow das Großkreuz des Roten Adlerordens verliehen und ihm die Insignien vor dem Festmahl zu Ehren des russischen Kaiserpaars persönlich überreicht.

Düsseldorf, 8. November. (W. G.) Heute fand hier die dritte Generalversammlung des Rheinischen Vereins zur Besserung des Arbeiterwohnungswezens statt. Auf eine Begrüßungsansprache des Vorsitzenden, Landrats Brandt, erwiderte Geheimrath Ober-Regierungsrat Mandach, der Minister des Innern, Freiherr v. Rheinbaben, bringe den Bestrebungen des Vereins nach wie vor das größte Interesse entgegen; den Worten würden auch bald Thaten folgen, und man werde bald von Maßnahmen hören, welche die Regierung auf dem Gebiete des Arbeiterwohnungswezens treffen werde. Nach einer Reihe von Vorträgen wurde die Versammlung geschlossen.

Frankfurt a. M., 8. Nov. (W. G.) Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus New York: Die geistigen Wahlen in sechs Staaten der Union ergaben, daß das Volk durchaus unzufrieden mit Mac Kinleys Politik und Eigenpolitik ist. Obgleich seine Partei einen härteren Schlag erlitten hat, ist doch nicht an ein Aufgeben der Philippinen zu denken, weil die Demokraten für ein Protektorat mit Selbstverwaltung der Philippinen sind. Mac Kinleys nächstjährige Kandidatur hat einen heftigen Stoß erhalten.

Wien, 8. November. (W. G.) Die exzessiven Excesse in Böhmen nehmen einen derart bedrohlichen Charakter an, daß die Regierung, wie verlautet, entschlossen ist, die ernstesten Maßregeln zur Herstellung geordneter Zustände zu ergreifen.

Paris, 8. November. (W. G.) Die nunmehr feststeht, werden 25 bis 30 Verhandlungstage für den Komploitprozeß, der am Donnerstag beginnt, notwendig sein. Es sind im ganzen 500 Zeugen vorgeladen, 30 Anwälte haben Verteidigungsbreden zu halten. Der Prozeß wird daher nicht vor Weihnachten beendet sein. Ueber 2000 Eintrittsgesuche sind bereits bei dem Präsidenten des Senats eingetroffen.

Kommunales.

Städtische Lesehallen. Die Kommission für die Verwaltung der städtischen Volksbibliotheken hat in ihrer gestern abgehaltenen Sitzung beschlossen, dem Magistrat vorzuschlagen, im Jahre 1900 vier Lesehallen in der Wilms-, Glogauer-, Klostoder- und Dunderstraße zu eröffnen, zwei von ihnen im April, zwei im Oktober. Die Einrichtung dieser vier Lesehallen ist bereits früher von den Gemeinden genehmigt worden. Drei von ihnen werden mit bereits längere Zeit bestehenden Volksbibliotheken verbunden, mit der Lesehalle in der Klostoderstraße (Moabit) aber soll eine neue Volksbibliothek in Verbindung gebracht werden, für die Mittel erbeten werden sollen. Die Eröffnung der neu geplanten Volksbibliothek soll aus Anlaß des am 1. April 1900 bevorstehenden 50-jährigen Jubiläums der Berliner Volksbibliotheken erfolgen.

Lokales.

Achtung, vierter Wahlkreis, Südböden! Am Sonntag, den 12. November, mittags 12 Uhr, findet in der Urania, Taubenstraße, eine Sonder-Vorstellung für den Wahlverein statt. Wie machen nun darauf aufmerksam, daß alle zu dieser Vorstellung entnommenen Wilsels, welche nicht spätestens am Freitag, den 10. Oktober, abends zurückgegeben sind, unbedingt als verlaßt angesehen werden.

Der Vorstand.

Freie Volkshöhle. Die Aufführung „Winterschlaf“ für die II. Abteilung findet am Sonntagmorgen 2 1/2 Uhr im Karl Weich-Theater statt. Eine Sitzung der Ordner findet am Sonntagabend, den 11. November, bei Ledwig, Kommandantenstr. 65, statt, zu welcher alle Ordner eingeladen sind. Zum Winterfest, am 18. November, sind in allen Zahlstellen Festmarken à 50 Pf. erhältlich nur für Mitglieder.

Der Vorstand. J. A.: G. Winkler.

Ein alter Parteigenosse, der Metallarbeiter Frey Döring, ist gestern nach langem Krankenlager verstorben. Döring ist namentlich im sechsten Reichstags-Wahlkreise bekannt und war stets einer der ersten, wenn es galt, für unsere Sache einzutreten. Sein Andenken wird in Ehren gehalten werden. Die Beerdigung findet Freitagmorgen 8 Uhr vom Trauerhause, Greifenhagenstraße 74 aus statt. Die Parteigenossen werden es nicht an reger Teilnahme fehlen lassen. Der Vertrauensmann.

Zur Stadtverordneten-Wahl. Die liberalen Kandidaten des Geldbadstrahles in der ersten und zweiten Wählerklasse sind gestern nominiert worden. Von einer Wahl zu sprechen, wäre zu viel der Ehre. Die Ernannten der zweiten Abteilung heißen: Sachs, Schwabe, Stange, Wienstruß, Kallisch, Glagel, Lange, Bamberg, Nahlberger, Ballach, Schmeyer, Manegold, Rehring, Wittowall, Hinz, Cassel, Bülow, Wolff und Dinke. Die antisemitische Opposition brachte es nur im 6. und 15. Bezirk, wo je drei Stadtverordnete zu wählen waren, zu einer nennenswerten Stimmenzahl. Im 6. Bezirk fielen auf die Antisemiten einige sechzig, im 15. einige vierzig Stimmen, während die Liberalen mit 225, 181, 174 resp. 229, 226 und 232 Stimmen siegten.

Die gestern ernannten Stadtverordneten der ersten Abteilung heißen: Druhm, Kallmann, Reichow, Lemle, Edard, Reumann, Maß, Nathan, Kelle, Paul, Goldschmidt, Haberland, Stapp, Seeger, Wuhle, Förster, Salge, Meißner, Mertens, Spinola. Im ganzen stimmten gestern in der ersten Abteilung 328 Wähler, so daß in jedem der 16 Bezirke durchschnittlich 20 Stimmen abgegeben wurden; jeder der 20 Stadtverordneten erster Abteilung erhielt im Durchschnitt 16 Stimmen. Um ein Bild von unserem himmelschreienden Wahlrecht zu bekommen, braucht man sich nur zu vergegenwärtigen, daß die 328 Stimmen von gestern im Rate der Stadt genau so schwer wiegen, wie die 42705 Stimmen, die am Montag in den 20 Bezirken dritter Abteilung gezählt wurden. Scham empfindet der Kommunalfreisinn bekanntlich nicht, auf Grund eines solchen Wahlrechts die Herrschaft auszuüben.

Zu unserem Artikel „Freisinnige Kampfesweise“ vom 5. d. M., in welchem wir die niedrigen Unterstellungen unserer Gegner gebührend kennzeichneten, wird uns aus Parteikreisen noch mitgeteilt, daß der damalige Stadtverordnete Cigarrenfabrikant Splettsdörfer niemals im Verdacht der Sichel gestanden hat. Seine Wahl wurde vielmehr infolge freisinniger Proteste für ungültig erklärt, worauf Splettsdörfer aus geschäftlichen Rücksichten eine abermalige Kandidatur ablehnte.

In Sachen der Beschränkung der Kinderarbeit ergreifen auch schon die Bezirke-Waisenräte ihre Maßnahmen. Wie hier in einer Waisenrätin-Versammlung mitgeteilt wurde, ist in einzelnen Fällen den Kindern, die für Waisenmeister des Morgens Gebäck austragen, vom Bezirks-Waisenrat im Auftrage des Vormundschaftsgerichts untersagt worden, sich noch weiter mit Frühstücksausbringen zu beschäftigen. Die ausbeutungswütigen Waisenmeister beabsichtigen, gegen derartige humane Anweisungen Verschiedenes zu erheben und wollen sich u. a. auch mit einer Eingabe an die Armenverwaltung wenden. Die Herren gebrauchen das bekannte Taschenspielerkunststück; sie wollen darauf hinweisen, daß bei einem Verbot des Frühstücksausbringens durch Kinder in Berlin allein unbemittelten Eltern über 150 000 M. jährlicher Einnahme entgehen würden. Ebenso werden die Waisenmeister in den Vororten, wo die Einschränkung der Kinderarbeit teils schon beschlossen und durchgeführt ist, teils unmittelbar bevorsteht, kein Mittel unversucht lassen, um wenigstens bei den Kindern über neun Jahren die Erlaubnis zur Beschäftigung in den ersten Morgenstunden zu erwirken. Mit größerer Hartnäckigkeit haben sich kaum die englischen Spinnereibesitzer auf den kapitalistischen Kinder-mord verstoßt.

Ein in seinen Einzelheiten noch nicht aufgeklärter Fund von 4000 M. auf dem alten Jerusalemer Kirchhof in der Velle-Alianzstraße beschäftigt seit Dienstag die hiesige Kriminalpolizei. Auf dem Kirchhof erschien vor einigen Tagen ein Mann, der nach der Beschreibung von Zeugen den städtischen Kassenboten Leisdorf, der kürzlich der Kassenbesitzer „Cyclop“ 15 000 Mark unterschlagen hat, ähnlich sehen soll. Dieser Mann, der eine blaue Weile trug, fragte den Kirchhofarbeiter Vollmann, ob er nicht 9000 Mark gefunden habe. Er habe diese Summe auf dem Kirchhof vergraben, sie sei aber jetzt verschwunden. Der Arbeiter glaubte nicht an diese Erzählung und ließ den Mann gehen. Dieser erschien aber bald darauf wieder, suchte den Friedhof ab und fragte den Arbeiter abermals nach dem Gelde. Kammmer wurde dieser aufmerksam, er suchte mit und fand dann durch Graben unter altem Laub vier Rollen Geld mit je 1000 M. in Gold. Weitere Nachforschungen nach den fehlenden 5000 M. waren erfolglos. Vollmann nahm das Geld, das in rotes Papier der Deutschen Bank eingewickelt war, an sich und verschloß es in einen Koffer in seiner Wohnung unweit der Bergmannstraße. Vorgestern erschien hier für Leisdorf gehaltene Mann in der Wohnung des Vollmann, um diesen zu sprechen. Vollmann war aber nicht zu Haus. Er erschien dann noch einmal und gab sich für einen Kriminal-Schuyman aus. Der Wirtin erklärte der Mann, daß er beauftragt sei, bei Vollmann eine Hausdurchsuchung abzuhalten. Das sichere Auftreten des Mannes imponierte der Frau so, daß diese keine Anmerkungen machte. Der Pseudo-Kriminalbeamte durchsuchte die ganze Wohnung und erbrach schließlich mit einer Kratze den Koffer des Vollmann. Er entnahm dem Koffer dann die 4000 M. und noch 30 M., die Ersparnisse des Vollmann. Mit diesem Raube entfernte sich der Fremde. Als Vollmann dann abends nach Hause kam, erfuhr er von seiner Wirtin die Geschichte. Er begab sich nun sofort nach der Polizei und teilte ihr die Sache mit. Das Geld ist in unmittelbarer Nähe des Sachs-

schen Erbegrabnisses unter Laub fest in Papier gewickelt gefunden worden. Heute ist der Friedhof nach den fehlenden 5000 M. durchsucht worden, man hat aber nichts gefunden, vielleicht hat der Unterschlagene diese Summe schon erhoben. Der Arbeiter Vollmann ist von der Kirchhofverwaltung, weil er den Fund nicht sofort gemeldet hat, entlassen worden. Leisdorf hat bekanntlich 15 000 M. in Gold, das in Rollen von je 1000 M. in rotes Papier eingewickelt war, unterschlagen.

Verhafteter Hochstapler. Festgenommen ist hier von der Kriminalpolizei ein Hochstapler, der in verschiedenen Städten Schwindelstreiche aller Art verübt hat. Er führte mehrere Namen und nannte sich mit Vorliebe v. Bodum-Dolffs. Zuletzt suchte man ihn von Hannover aus wegen Fälschung von Wechseln und anderen Urkunden.

Von Drillingen genau in der Nacht von Sonnabend zum Sonntag die Ehefrau des Schneiders Hoffmann, in den Zelten Nr. 22 Hof 3 Treppen wohnhaft. Die Kinder leben und auch die Mutter fühlt sich wohl, doch fehlt es am Richtigsten.

Selbstmord hat in der vergangenen Nacht der 50 Jahre alte Kartoffel-Großhändler Franz Lichtenberg aus der Langenstraße Nr. 47 verübt. Lichtenberg hatte ein gutes Geschäft und lebte in glücklicher Ehe, aus der vier Kinder im Alter von achtzehn Jahren bis hinab zu acht Tagen hervorgingen. Seinen Angehörigen sagte er in der letzten Zeit, daß er in seinen Vermögensverhältnissen zurückgegangen und in Schwierigkeiten geraten sei. Er habe für jemanden Bürgschaft geleistet und sei im Stich gelassen worden. Näher wollte er sich über die Angelegenheit nicht auslassen; auch den Namen des Mannes, der sein Vertrauen täuschte, hat er niemals genannt. Am Montag ging Lichtenberg von Hause weg und ließ nichts mehr von sich hören. In der vergangenen Nacht hörten gegen 12 1/2 Uhr zwei Schuytmänner auf einem Patrouillengang am Schiffbauerdamm einen Schuß fallen. Sie eilten nach der Mitternacht, aus der der Knall gekommen war, fanden aber nichts, bis ein Schiffer sie aufklären konnte. Dieser hatte gesehen, wie ein Mann langsam von der Uferstraße die steinerne Treppe herabgekommen war. Auf der untersten Stufe angekommen, stellte sich der Mann mit dem Rücken nach dem Wasser, zog einen Revolver aus der Tasche und setzte ihn an die Stirn, jagte sich eine Kugel in den Kopf und stürzte im selben Augenblicke rückwärts in die Spree. Mit Hilfe des Schiffers und eines Bürgeres verlor die Deamanten den vorsichtigen Selbstmörder noch zu retten. Nach zehn Minuten fanden sie ihn auch und landeten ihn mit dem Rettungslahn; er war aber bereits tot. Der Frau des Unglücklichen, die schwer krank darniederliegt, muß man die Trauerbotschaft verheimlichen.

Im Hörsaal der Urania wird am Freitag Herr Franz Wörte einen Vortrag „Streitfrage durch Weidenburg“ halten. Der Redner wird den Zuhörer an der Hand seiner als trefflich bekannten Lichtbilder durch die schönsten Gegenden Weidenburgs führen.

Das Metropol-Theater bringt in diesem Monat eine Reihe beachtenswerter Specialitäten, unter denen die Drahtseilkünstler Jaluva, die Troupe Tartaloff und die kleinen Klyphonisten und Radfahrer Piccolo besondere Erwähnung verdienen. In der Langkunst leistet das spanische Längelpaar Carmen Rocco Vortreffliches, während der Opernhumorist Kaiser auf parodistischem Gebiet zu Hause ist. Eine Künstlerin von ganz besonderer Originalität ist jedoch Fräulein Rietze, eine Dame, die in der proletarischen Kostüm-Pariser Straßenfantastiken auftritt und durch Natürlichkeit der Haltung wie durch Reinheit der Stimme die Gunst der Zuhörer erobert. Die Darbietungen dieser Sängerin stehen weit über den zweifelhaften Genüssen, die sonst auf Spezialitätenbühnen als Proben des Pariser Geschmacks vorgeführt werden. Nach wie vor nimmt auch die Revue „Mund um Berlin“ durch die Frucht der Ausstattung und durch die Aktualität ihrer Schlagere das Interesse des Publikums in Anspruch.

Theater. Im Schiller-Theater wird die Besetzung der Hauptrollen in der morgen stattfindenden ersten Aufführung von „Die Jungfrau von Orléans“ folgende sein: Karl VII.: Georg Pöschke; Königin Johanna: Alwine Wiede; Agnes Sorel: Grete Meyer; Philipp der Gute: Albert Patro; Graf Dunois: Ferdinand Gregart; Talbot: Max Patteg; Lionel: Oswald Bach; Talbot's Vater: Leopold Turner; Johanna: Marianne Wulf. — Im Deutschen Theater haben die Proben zu der nächsten Vorstellung, dem Schauspiel von Max Dreger: „Der Probenkandidat“ begonnen. Die erste Aufführung ist auf Sonnabend den 18. angesetzt.

Im Circus Busch wird das Aufführungsgesäß Camorra heute zuerst gegeben.

Aus den Nachbarorten.

Die gestern in Schöneberg stattgefundenen Stadtverordneten-Wahlen haben uns den 5. Bezirk (Masuch Soc. 218, Gegner 164 Stimmen) wieder eingebracht. Der 12. Bezirk, in welchem Genosse Schubert aufgestellt war, brachte für uns 145 und dem Gegner 184 Stimmen; jedoch ist hier Protest eingelegt worden, da eine große Anzahl Wähler mit Steuerquittungen zurückgewiesen wurden. Im 13. Bezirk erhielt Genosse Baumler 58 Stimmen, der Gegner 201 Stimme.

Arbeiter, Parteigenossen in Spandau! Die Stadtverordneten-Wahlen finden statt am Sonnabend, den 11. November, Montag, den 13. November, Dienstag, den 14. November, Mittwoch, den 15. November, vormittags von 10-11 Uhr, nachmittags von 3 bis 6 Uhr, im Lokale „Zur Palme“, Mitterstr. 7.

In letzter Stunde noch ist auch unsererseits noch ein Kandidat als Ersatzmann für den ausgeschiedenen Stadtverordneten Klentzsch in der Person des Genossen Kunkel aufgestellt worden, da sich herausgestellt hat, daß dieser Ersatzmann kein Hausbesitzer zu sein braucht.

Demgemäß ist die Kandidatenliste der Arbeiterschaft jetzt folgende: August Schröder, Töpfermeister, Bismarckstr. 6; Wilhelm Pieper, Tabakarbeiter, Lhnanstr. 11; Wilhelm Scholz, Badermeister, Reumeyerstr. 11; Ernst Rieger, Rechtskonsulent, Rolkestr. 3; Otto Haller, Restaurateur, Frobensstr. 12; und als Ersatzmann: Hermann Kunkel, Mittelstraße 9.

Parteigenossen! Der Ausgang dieser Wahl wird betwiefen müssen, ob die Spandauer Arbeiterschaft gewillt und imstande ist, selbst die Vertretung ihrer Interessen in die Hand zu nehmen! Darum: „Alle Mann auf ihre Posten“, jeder agitiere kräftig für die Wahl unserer Kandidaten, niemand veräume es, sein Wahlrecht in diesem Sinne auszuüben, und niemand scheue sich, selbst eine Stunde früher als sonst seine Arbeit zu beenden, um noch rechtzeitig, d. h. vor sechs Uhr abends im Wahllokale anwesend sein zu können, und so die Berechnungen unserer Gegner, daß sich unsere Parteigenossen durch diesen höchst unzeitigen Schluß der Wahlhandlung von der Ausübung ihres Wahlrechts abhalten lassen könnten, gründlich zu machen.

Von dem and in Berlin und Umgebung beschäftigten Wähler ergeht der Ruf: Veräurteilt nicht, Euer Wahlrecht rechtzeitig auszuüben.“ Darum, Arbeiter! Parteigenossen! Thut Eure Pflicht als Männer!

Das Wahlkomitee.

Im Volksbildungsverein zu Britz wird Freitagabend über den Parteitag in Hannover referiert.

Die Charlottenburger Stadtverordneten-Wahlen, über die wir gestern bereits kurz berichtet haben, bedeuten einen um so größeren Erfolg für die Socialdemokratie, als es dieser seit der Neu-Einteilung der Bezirke noch niemals gelungen ist, ihren Kandidaten zum Siege zu verhelfen. In diesem Jahre hat die Arbeiterschaft

gezeigt, daß sie stark genug ist, dem Ansturm der gesamten Bourgeoisie Widerstand zu leisten, denn gerade in den beiden Bezirken, wo die Socialdemokraten gewählt wurden, hatten sich die Gegner von vornherein auf einen gemeinsamen Kandidaten geeinigt. Ueberaus schlecht haben die Freisinnigen abgeschrieben, die ganz sicher darauf gerechnet hatten, den dritten und fünften Bezirk im ersten Ansturm zu nehmen. Im dritten Bezirk sind sie jedoch, obwohl hier die Konservationen zur Unterstützung des Freisinnigen aufzufordern, glänzend unterlegen, und ob sie aus der Stichwahl im fünften Bezirk als Sieger hervorgehen, ist höchst fraglich.

Im einzelnen ist das Resultat folgendes: 1. Bezirk. Eingeschriebene Wähler 4006. — Lohmann (Bürgerl.) 790, Pasche (Soc.) 455, zerplittert 3. Gewählt ist Lohmann. — 1897 betrug die socialdemokratische Stimmenzahl 220.

2. Bezirk. Eingeschriebene Wähler 4028. — Behrens (Bürgerl.) 619, Kurt Paale (Soc.) 630, zerplittert 2. Gewählt Kurt Paale. — 1897 betrug die socialdemokratische Stimmenzahl 388.

3. Bezirk. Eingeschriebene Wähler 3946. — Dr. Edel (Frei.) 435, Paul Hirsch (Soc.) 619, zerplittert 1. Gewählt Paul Hirsch. — 1897 betrug die socialdemokratische Stimmenzahl 337.

4. Bezirk. Eingeschriebene Wähler 3434. Förstner (Bürgerl.) 467, Scharrnberg (Soc.) 461, zerplittert 6. Stichwahl zwischen Förstner und Scharrnberg. 1897 betrug die socialdemokratische Stimmenzahl 328.

5. Bezirk. Eingeschriebene Wähler 3696. Otto (frei.) 435, Münch (frei.) 433, Böhm (kon.) 103, Luder mann (kon.) 108, Sellin (Soc.) 508, Dr. Bruno Vorhardt (Soc.) 508. Stichwahl zwischen Otto und Münch einerseits und Sellin und Vorhardt andererseits. 1897 betrug die socialdemokratische Stimmenzahl 336.

6. Bezirk. Eingeschriebene Wähler 4483. Dr. Benzig (frei.) 544, Knaß (kon.) 479, Reinfle (Soc.) 357. Stichwahl zwischen Dr. Benzig und Knaß. 1897 betrug die socialdemokratische Stimmenzahl 211.

7. Bezirk. Eingeschriebene Wähler 8738. Plag (impol.) 695, Lügen (frei.) 252, Leder (Soc.) 72 Stimmen. Gewählt Plag. 1897 betrug die socialdemokratische Stimmenzahl 62.

Die für die Socialdemokratie abgegebene Stimmenzahl hat sich also von 1882 im Jahre 1897 auf 3162 vermehrt.

Da die Wahlbeteiligung nur etwa 30 Proz. betrug, wird es hoffentlich möglich sein, bei den Stichwahlen so viel Wähler für uns auf die Beine zu bringen, daß uns auch dann der Sieg zufällt.

Der große Brand in der Gutenbergstraße und Feuerlösch-Einrichtungen in Charlottenburg führte Mittwochabend zu äußerst lebhaften Erörterungen in der heutigen Stadtverordneten-Versammlung. Die Stadt-Kaufmann und Genossen hatten beantragt, aus Anlaß des Brandes und in Anbetracht der unzulänglichen Lösch-Einrichtungen den Magistrat zu ersuchen, möglichst schnell wenigstens eine Dampf-Feuerlösch-Einrichtung anzuschaffen. Namens des Magistrats belämpfte Stadtrat Cassirer den Antrag. Er gab zunächst eine eingehende Schilderung des Brandes. Eine Petroleum-Explosion habe sofort die unglücklichen Arbeiter mit Petroleum übergossen, so daß sie unrettbar verloren gewesen seien. Die Feuerwehr hätte sofort alles mögliche gethan. Eine Dampf-Feuerlösch-Einrichtung wegen des hohen Wasserbruchs nicht nötig und nicht angebracht, da es an Dräumen, deren Berlin 30 habe, mangle. Die Deputation habe deshalb die Anschaffung einer Dampf-Feuerlösch-Einrichtung abgelehnt. Stadtverordneter Kofrod beantragte, den Magistrat zu ersuchen, alle Einrichtungen zu treffen, um jeder Gefahr wirksam begegnen zu können, die Anschaffung einer Dampf-Feuerlösch-Einrichtung in Erwägung zu ziehen. Stadtverordneter Jochenow wünschte die Ueberweisung der Anträge an einen Ausschuß. Bürgermeister Schustehrus bemerkte, daß nur sachliche Gründe für den Magistrat maßgebend seien. Nützlich sei die Revision des Rohrnetzes. Jedenfalls seien die Feuerlösch-Einrichtungen mangelhaft. So habe die Firma Siemens u. Halske, die an dem Brande beteiligt ist, den Anmischungen 800 M. überweisen. Nachdem der Antrag Kofrod zurückgezogen war, wurde die Sache einem Ausschuß von neun Mitgliedern überwiesen.

Schöneberg. Von unserem Parteigenossen Obst ist in der letzten Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung eine bedenkliche Handlung der Armenverwaltung zur Sprache gebracht worden, nämlich war nämlich die aus dem Ehepaar und fünf Kindern bestehende Familie Bieme als dem Armenhause ausgelegt worden, Obst bezeichnete es als einen unerhörten Zustand, daß Leute mit fünf Kindern dadurch gezwungen wurden, in einer kalten Oktobernacht in den Sandluten zu nächtigen.

Vom Stadtrat Kaefer wurde als Entschuldigend das Strafregister der Eheleute vorgeführt und es weiter als ein Segen für die übrigen Familien des Armenhauses hingestellt, daß eine so arbeitsfähige Familie aus der Anstalt entfernt worden sei. Hierauf entgegnete Obst mit Recht, ob man denn nicht fähig, wie furchtbar es für die unglücklichen Kinder sei, wenn diese für die Sünden ihrer Eltern so entsetzlich büßen müßten. Nachdem noch der Stadtrat, Obst erklärt hatte, daß man die Kinder habe unterbringen wollen, jedoch dabei auf Widerstand bei der Mutter gestoßen sei, wurde dieser für die faule Mehrheit so unergütliche Gegenstand verlassen.

Große Entrüstung bei den Schöneberger Stadtverordneten zeitigten die Ursachen des Antrages der Stadtv. Wagner und Genossen betr. die Annahme von Verordnungen durch die Presse. Das „Schöneberger Tageblatt“ hat einen unwahren Bericht über von ihm gemachte vertrauliche Mitteilungen aus einer geheimen Sitzung gebracht. Wagner hat eine Verichtigung erlangt, die dann erst nach längerer Zeit und nach mehrmaliger Auforderung angenommen worden sei. Stadtv. Richter hält es für eine Verleumdung, wenn das Blatt unter der Verichtigung die Bemerkung macht, daß ein Stadtverordneter dem Blatte die Mitteilung gemacht habe. Stadtv. Seelmeyer meinte, vielleicht sei die Sache ganz natürlich zugegangen, wenn man sich folgenden Fall vergegenwärtigte: Ein Kollege habe Alten mit nach dem Kasseler genommen und ste dort neben sich gelegt; nachher waren die Papiere verschwunden. Es stellte sich nachher heraus, daß ein Herr dieselben mitgenommen, jedoch alsbald zurückgeschickt hatte. Stadtv. Richter erklärte hierauf, daß diese Sache doch erledigt sei. Es seien keine Akten, sondern Vorlagen gewesen, die der Herr Redacteur wesentlich mitgenommen hätte. Eine Anzahl Stadtv. verordnete sprachen ihre tiefste Entrüstung über einen derartigen Verrat aus und der Bürgermeister erklärte, daß er auch in dem Bureau Nachforschungen anstellen werde, ob sich vielleicht dort etwas ermitteln ließe. Nachfolgender Antrag fand Annahme: Die Stadtverordneten-Versammlung beantragt, daß Redaktionen, welchen ein Platz an dem Tische für die Reichstatter in der Stadtverordneten-Versammlung eingeräumt ist, derartige Verordnungsanträge unbedingt ohne Zeitverlust aufnehmen. Die Auseinandersetzung zwischen der Redaktion bezw. dem betreffenden Stadtverordneten und dem Reichstatter, falls letzterer auf seiner Behauptung beharren sollte, darf die Aufnahme einer solchen Verordnungsunter keinen Umständen aufhalten.

Lichtenberg. Der von der hiesigen Gemeinde an die zuständige Behörde eingereichte Entwurf zum Bau eines 18-klassigen Gemeindegewerkschulhauses, hat im Princip die Genehmigung erhalten. Verlangt wird von der Regierung ein Beschluß der Gemeindevorstellung, daß die Unterhaltspflicht für die katholische Schule, die bisher den Hausvätern der katholischen Gemeinde zufiel, auf den Gemeinde-Etat übernommen werde, der Beschluß ist in letzter Gemeindevorstellung-Sitzung herbeigeführt worden, mit der Voraussetzung, daß die Regierung einen Bauguschuß von 48 000 M. leihe,

